



Gemeinde Obersiggenthal

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode	2018/2021
18. Sitzung	Mittwoch, 29. September 2021 19.00 Uhr, Gemeindesaal Nussbaumen
Vorsitz	Daniel Jenni, Präsident
Protokoll	Romana Hächler, Gemeindeschreiberin II
Stimmzähler	Sandra Hehli André Tinner
Anwesend	35 Mitglieder des Einwohnerrates 5 Mitglieder des Gemeinderates Thomas Zumsteg, Gemeindeschreiber
Entschuldigt	Erich Schmid Lukas Füglistner Anna Katharina Hess Rolf Bachmann Anton Marjakaj
Ende der Sitzung	23.30 Uhr

Behandelte Geschäfte			Seite
1	2021/16	Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll	2
2	2021/25	Inpflichtnahme Ivan Füglistner, SVP, anstelle von André Kummer	4
3	2021/20	Ersatzwahl von 1 Ersatzmitglied Wahlbüro / Vorschlag Annika Linggi, Nussbaumen, parteilos	5
4	2021/23	Genehmigung Bericht zum Parkkonzept, Varianten-Entscheid	5
5	2021/24	Energiepolitisches Programm 2021, Kenntnisnahme	11
6	2019/26	Postulat SP-Fraktion betreffend Erarbeitung eines Betriebs- und Gestaltungskonzepts Kirchweg West, Kenntnisnahme des Berichts des Gemeinderats (und des Betriebs- und Gestaltungskonzepts Kirchweg West / Landschreiber	12
7	2020/13	Postulat Sonja Scherer betreffend Klima- und Energie-Charta / Der Gemeinderat ist nicht bereit, das Postulat entgegenzunehmen.	14

8	2021/21	Postulat SP-Fraktion betreffend Prüfung einer fahrplanmässigen Herten- stein-Busverbindung. Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegen- zunehmen.	16
9	2021/22	Postulat SP-Fraktion betreffend medizinischer Grundversorgung durch Hausärzte/Hausärztinnen in der Gemeinde Obersiggenthal. Der Ge- meinderat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.	17
10	2021/17	Aufgaben und Finanzplan 2022 - 2026	19
11	2021/18	Budget 2022	23
12	2021/19	Termine 2022	34
13	2020/25	Umfrage	34

Daniel Jenni, Präsident: Ich eröffne offiziell die 18. Einwohnerratssitzung von der laufenden Legislatur 2018-2021. Die Unterlagen wurden rechtzeitig zugestellt. Organisatorisch läuft es wie das letzte Mal, das heisst, bitte am Mikrofon reden. Und bitte, wenn möglich kurze Redenszeit und es herrscht allgemeine Maskenpflicht. Der Mindestabstand ist zu wahren, damit es keine Quarantäne gibt, falls es einen positiven Fall geben würde. Die Pause ist um 20.30 Uhr vorgesehen. Es hat hinten Kuchen und Kaffee, da kann man sich einfach bedienen. Pflicht ist es aber, essen am Platz oder draussen. Nicht im Foyer oder nahe beieinanderstehen. Das Ende ist ca. um 23.00 Uhr vorgesehen, vorausgesetzt wir sehen, dass es nicht schneller geht, dann würden wir heute ein bisschen länger machen und eventuell noch eine Pause dazwischen, damit wir noch heute fertig werden. WC Gänge bitte in der Pause, damit wir nicht immer die Einwohnerräte zählen müssen. Zu den Traktanden: Wir haben noch ein Zusatztraktandum und zwar 2. Das ist die Inpflichtnahme von Ivan Füglistler SVP-Fraktion anstelle André Kummer.

1 2021/16 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll

Zum Formellen: Im Moment entschuldigt sind Lukas Füglistler, Erich Schmid, Rolf Bachmann, Anna Katharina Hess, Anton Marjakaj. Sich später angemeldet hat sich Daniel Meier. Dann haben wir einen Rücktritt angekündigt auf heute, das ist Marcel Müller. Marcel, du möchtest eine kurze Rede halten.

Marcel Müller: Nach 12 Jahren im Einwohnerrat habe ich heute meine letzte Einwohnerratssitzung. Ich habe mich entschieden aus dem politischen Leben in Obersiggenthal zurück zu treten. Es waren 12 spannende und lehrreiche Jahre mit einigen Anekdoten, die ich hier aber nicht einzeln wiedergeben möchte. An dieser Stelle ist es mir ein besonderes Anliegen, mich bei allen aus meiner Partei, dem Gemeinderat, der Verwaltung und dem Einwohnerrat herzlich zu bedanken, die mich unterstützt haben und die mir mit Wohlwollen begegnet sind. Ich werde die mehrfachen Debatten und Argumente vielleicht vermissen. Auf jeden Fall bitte ich euch nochmals zu bedenken, welche grosse Verantwortung in jeder Hinsicht ihr alle in diesem Raum, mit euren Entscheiden tragt. Für die zukünftige Prosperität, Handlungsfähigkeit und Eigenständigkeit unserer Gemeinde. Zu guter Letzt wünsche ich euch allen eine gute Gesundheit sowie Zufriedenheit in all euren Plänen und Projekten.

Daniel Jenni: Wir wünschen dir alles Gute, auch ohne Einwohnerrat und politischem Lebensweg und danken dir für das Mitmachen. Dann kommen wir zu den Anzahl Mitgliedern. Wir sind 6 weniger, das heisst es sind momentan 33 vereidigte Einwohnerräte anwesend, das absolute Mehr liegt bei 17.

Nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist sind am 5. Juli 2021 folgende fakultativen Referendum unterstehende Beschlüsse des Einwohnerrates vom 27. Mai 2021 in Rechtskraft erwachsen: Genehmigung Rechnung 2020; Genehmigung des Rechenschaftsberichtes 2020; Genehmigung des Verpflichtungskredites von CHF 150'000 inkl. MwSt. für das Erscheinungsbild Landstrasse K114, Fertigstellung der Entwicklung des Richtplanes, Ausarbeitung eines Sondernutzungsplanes; Genehmigung des Bestattungs- und Friedhofsreglements.

Zu den Mitteilungen: **Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann:** Als erstes von mir zur personellen Situation im Bereich Bau und Planung. Und zwar musste der Gemeinderat drei Kündigungen aus der Abteilung entgegennehmen. Neben dem Leiter Planung und Umwelt, dem Leiter Tiefbau hat auch Thomas Jung, Leiter Bau und Planung und Geschäftsleitungsmitglied, gekündigt. Er verlässt die Gemeinde Obersiggenthal zum in Winterthur eine neue Stelle anzutreten. In dieser Situation müssen wir davon ausgehen, dass es leider in dieser Abteilung ein bisschen knirscht. Wir möchten dazu jetzt schon sagen, dass wir bereits Gespräche geführt haben und schliesslich auch eine Mediation angeboten haben. Leider stehen wir trotzdem vor dieser Situation. Aktuell sind wir dabei, eine Übergangslösung auf die Beine zu stellen, damit die laufenden Geschäfte weiter betreut werden. Dabei handelt es sich insbesondere um Baubewilligungen, den Tiefbau und einzeln laufende und aufgegleiste Baustellen. Dafür haben wir bereits eine Lösung erarbeitet. Andere Themen sind wir nach wie vor am Aufarbeiten. Ausserdem überdenken wir in dieser Situation auch die Gesamtorganisation von diesen Bereichen und werden die Stellen entsprechend auch neu ausschreiben.

Untersuchungen zu den Lohngleichheiten von den Gemeindemitarbeitenden. Die Gemeinde Obersiggenthal hat eine Lohngleichheitsanalyse durchgeführt. Dazu ist sie gesetzlich verpflichtet gewesen. Dabei geht es um den Nachweis, dass Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern eingehalten ist. Daraus hat sich ergeben, dass zwischen Frauen und Männern in Obersiggenthal keine Lohndifferenzen bestehen und damit die Vorlagen gemäss dem Gleichstellungsgesetz eingehalten sind.

Stand Schulhaus Goldiland

Die ersten Arbeitsgattungen vom Schulhaus Goldiland wurden vergeben. In den letzten Monaten hat man ja in der Zeitung lesen können, dass die Holzpreise steigen und zwar erheblich. Wir haben uns Sorgen darüber gemacht, was unter diesen Voraussetzungen mit unserem neuen Schulhaus passiert auf der Kostenseite. Wir konnten trotzdem die Holzfassade im Rahmen des Kostenvoranschlages vergeben. Budgetmässig sind wir also auf Kurs und wir befinden uns auch im Zeitplan.

Stand Gestaltungsplan Schild-Ost

Die öffentliche Auflage vom Teilgestaltungsplan Markthof Schild-Ost liegt auf und wird bis am 18. Oktober 2021 durchgeführt. Bitte schauen Sie das Datum genau an. Interessierte können auf der Website oder bei der Abteilung Bau und Planung, die Unterlagen einsehen. Diejenigen, die an der Mitwirkung mitgemacht haben, denen wurde der Mitwirkungsbericht zugestellt und sie wurden auch gleichzeitig über die öffentliche Auflage informiert.

Stand Kommunalen Gesamtplan Verkehr

Für heute habe ich ja die Kenntnisnahme vom Einwohnerrat, von dem kommunalen Gesamtplan Verkehr angekündigt. Ganz offensichtlich fehlt jetzt aber das Traktandum auf der Traktandenliste. Es ist so, dass das Verfahren für den Erlass vom Kommunalen Gesamtplan Verkehr vorsieht, dass ein Mitwirkungsverfahren durchgeführt wird und der Plan parallel beim Kanton zur vorläufigen Beurteilung vorgelegt wird. Erst wenn der Bericht vom Kanton vorhanden ist und die nötigen Änderungen im Plan angepasst sind, kann der Gemeinderat den Kommunalen Gesamtplan Verkehr verabschieden und anschliessend dem Einwohnerrat zur Kenntnis bringen. Aktuell liegt der Kommunalen Gesamtplan Verkehr zur vorläufigen Beurteilung beim Kanton. Vom Kanton haben wir folgende Auskunft bekommen: "Die Gemeinde Obersiggenthal hat ihren Kommunalen Gesamtplan Verkehr zur vorläufigen Beurteilung eingereicht. Für die aussergewöhnlich lange Bearbeitungszeit möchten wir uns an dieser Stelle ausdrücklich entschuldigen. Im laufenden Jahr wurden ausgesprochen viele Kommunalen Gesamtplan Verkehr (KGV's) bei der Abteilung Verkehr eingereicht. Neben der bereits bestehenden starken Auslastung der zuständigen Mitarbeitenden, führt die grosse Zahl, der zur bearbeitenden KGV's zu den aktuellen Verzögerungen. Wir sind sehr bestrebt, die eingereichten KGV's so schnell, wie möglich zu prüfen. Sobald dies erfolgt ist, werden wir uns wieder bei Ihnen melden". Der Kanton hat uns den Bericht bis Ende November versprochen. Sobald der Bericht bei uns vorliegt, werden wir die Unterlagen finalisieren und nach dem Gemeinderatsentscheid natürlich auch den Einwohnerrat davon in Kenntnis setzen.

Dann haben wir noch ein paar pendente Postulate. Wir haben ein Postulat von der SVP-Fraktion betreffend Massnahme gegen Littering. In diesem Zusammenhang haben wir bereits mehrfach auf das anstehende Projekt Videoüberwachung hingewiesen. Jetzt haben wir ein Zwischenbericht intern bei uns vorliegen und mussten feststellen, dass man da von so einem hohen Betrag ausgeht, dass wir es uns nochmals überlegen müssen, wie wir mit diesem Geschäft weiter vorgehen sollen. Damit Sie trotzdem einmal eine Übersicht haben über den Stand von diesem Postulat, überlegen wir uns, dass wir an der nächsten Einwohnerratssitzung einen Zwischenbericht erstatten werden.

Dann haben wir noch das Postulat Immobilienstrategie. Dazu gibt es zu sagen, dass der Gemeinderat sich mit dieser Immobilienstrategie an seiner Strategie-Sitzung auseinandergesetzt hat und auch die Leitlinien für die Einordnung festgelegt hat. Wir haben diese Strategie aber noch nicht abschliessend verabschiedet und sobald das passiert ist, werden wir ihnen darüber natürlich auch Informationen zukommen lassen.

Peter Stucki, Gemeinderat: Es geht um meine Antwort auf die Anfrage vom Friedrich Wollmann betreffend einer 30 Meter hohen Tanne in den beiden letzten Einwohnerratssitzungen. Ich habe gesagt, die Tanne würde auf dem Grundstück von Ursula Spinnler stehen. Das ist offenbar nicht der Fall. Durch diesen Fehler sei im Kontext der Eindruck entstanden, dass Ursula Spinnler und Friedrich Wollmann nicht in der Lage sein sollen, die Angelegenheit selber lösen zu können. Es ist nicht meine Absicht gewesen, einen solchen Eindruck zu erwecken, habe es aber leider gemacht und entschuldige mich bei beiden Betroffenen dafür.

Daniel Jenni: Es gibt ein Eingang vom Postulat von Friedrich Wollmann, Einwohnerrat SP, betreffend Stabilisierung von der Spitex-LAR. Wir sind im Moment 34 vereidigte Einwohnerräte, das heisst, das absolute Mehr ist 18.

Zum **Protokoll** des Einwohnerrates vom 27. Mai 2021 ist folgende Korrektur eingegangen:

Seite 22, Linie 14

Votum Lukas Füglistner

Wir haben ein Portfolio von aktuell über CHF 10 Mio.

Korrekt wäre:

Wir haben ein Portfolio von aktuell über CHF 100 Mio.

Seite 22, Linie 32

Die mobile Strategie wäre das andere.

Korrekt wäre:

Die Immobilienstrategie wäre das andere

2 2021/25 Inpflichtnahme von Ivan Füglistner, SVP, anstelle von André Kummer

Daniel Jenni: Ivan Füglistner wird André Kummer ablösen im Einwohnerrat. Inpflichtnahmen erfolgen gemäss Art. 2, Abs. 1, vom Geschäftsreglement des Einwohnerrates von Obersiggenthal. Ich bitte dich, Ivan, nach vorne zukommen, und die Anwesenden bitte ich, sich zu erheben. Die Inpflichtnahme erfolgt durch das Nachsprechen des Wortes: Ich gelobe es. „Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerates, die Wohlfahrt der Gemeinde Obersiggenthal zu fördern und gemäss der Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.“ Du bist damit Mitglied des Einwohnerrates von Obersiggenthal mit den Rechten und Verpflichtungen, die sich aus dem Ratsreglement der Gemeinde ergeben. Ich heisse dich im Rat willkommen und wünsche dir alles Gute.

**3 2021/20 Ersatzwahl von 1 Ersatzmitglied Wahlbüro / Vorschlag Annika Linggi, Nussbau-
men, parteilos**

Daniel Jenni: Möchte da jemand intervenieren? Möchte jemand keine Abstimmung? Wenn das nicht der Fall ist, dann würden wir jetzt zur Abstimmung kommen.

Abstimmung

Wer Annika Linggi als Ersatzmitglied des Wahlbüros wählen möchte, der soll jetzt bitte die Hand erheben.

Annika Linggi wird einstimmig ins Ersatzmitglied Wahlbüro gewählt.

4 2021/23 Genehmigung Bericht zum Parkkonzept, Varianten-Entscheid

Eintreten nicht bestritten

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Ich darf zu Ihnen, über das Parkraumkonzept, ein paar Worte verlieren. Das Parkraumkonzept, den Auftrag haben Sie erteilt im November 2019. Damals hatte der Einwohnerrat einen Kredit für die Erstellung von solch einem Parkraumkonzept bewilligt. Damit hat er für sich ausgesprochen, dass er ein solches Parkraumkonzept als nötig erachtet. An der gegenwertigen Sitzung geht es jetzt darum, den Bericht von Metron zu genehmigen und sich für einen Variantenentscheid auszusprechen. Es ist nicht eine materiell verbindliche Entscheidung, welche sie mit der Genehmigung von diesem Bericht treffen. Es ist nach wie vor möglich, dass sie inhaltlich in diesem Bericht Anpassungen vornehmen. Und wenn Sie einen entsprechenden Antrag haben, wären wir froh, wenn Ihr sie stellt. Wir würden das in der Form der konsultativen Abstimmung über die Bühne gehen lassen. Wenn Sie Änderungen an diesem Bericht haben, werden die entsprechenden Anträge im Rahmen von einem Parkierungsreglement einfließen und wir werden auch nochmals den Bericht zum Parkraumkonzept mit den entsprechenden Anpassungen vorlegen. Im Moment geht es aber noch nicht um die konkreten Gebühren. Auch wenn Sie nachher weitere Anpassungen machen möchten, ist das möglich. Wenn Sie jetzt gewisse Entscheidungen treffen, ist es durchaus möglich im Rahmen der Erstellung von diesem Reglement, noch auf die Gleichung kommt. Welche dazu führen, dass gewisse Regelungen nicht möglich sind oder anders ausgestaltet werden muss. Wie sind wir vorgegangen? Wir haben einen partizipativen Prozess gestartet. Insbesondere haben zwei Workshops stattgefunden. Der erste am 15. Dezember 2019, über die Teilnehmenden lasse ich mich nicht weiter ein. Sie sehen, es sind alle aufgeführt. Dazwischen ist Corona gekommen. Wir kennen das alles. Wir haben dann im Fenster, wo es möglich war, am 26. August 2020 einen zweiten Workshop durchgeführt. Parallel dazu haben 5 Sitzungen von der Arbeitsgruppe stattgefunden, an welchen wir die Inputs aus diesen Workshops ausgearbeitet haben und am Schluss auch das Papier fertig gestellt haben. Wir haben, bevor wir Ihnen das nun vorgelegt haben, auch Feedbacks von der Planungskommission, von der Verkehrskommission eingeholt. Die Ausgangslage ist folgende: Wir haben auf dem Gemeindegebiet insgesamt ungefähr 400 öffentliche Parkplätze, also im Eigentum von der Gemeinde. Und etwa 700 bedeutende privat Besucher- oder Kundenparkplätze. Die Parkgebühren für öffentliche Parkplätze werden nur in der Nacht erhoben. Das sind die sogenannten Laternenparkplätze. Und zwar wird je nach Fahrzeugkategorie ein Betrag von CHF 30, CHF 60 oder CHF 120 verlangt. Aus den Workshops hat man verschiedene Erkenntnisse erlangt. Man hat herausgefunden, dass die öffentlichen Parkplätze von der Gemeinde Obersiggenthal gut verteilt sind, dass sie aber unter einem zunehmendem Parkierungsdruck stehen. Sei es durch Einwohner, sei es durch Pendler, welche die Fahrzeuge in den öffentlichen Parkplätzen abstellen. Bekannterweise wird die Benutzung tagsüber mitgesteuert und das Parkieren auf öffentlichem Grund, ist aus dem Grund der Tatsache, dass es gratis ist, günstiger als in einer privaten Tiefgarage. Ausserdem ist das Inkasso für Parkgebühren nicht effizient und umständlich

und man hat Probleme im Winter zu parkieren. Das aktuelle Parkraumkonzept stammt aus dem Jahr 1996 und ist nicht mehr zeitgemäss. Als Handlungsbedarf hat sich herauskristallisiert, dass man ein wirksames und zeitgemässes Instrument zur Bewirtschaftung der öffentlichen Parkplätze möchte, ein greifendes System für das Inkasso haben möchte. Das übergeordnete Parkraumkonzept der Baden Regio soll eingehalten werden und dass man auch das wilde parkieren an ungeeigneten Stellen wirksam unterbindet. Sie finden in diesem Bericht verschiedene Varianten für Zoneneinteilungen. Es sind insgesamt 5. Ich möchte es ganz kurz rekapitulieren, damit wir es präsent haben von welchen Varianten wir ausgehen.

Variante 1 sieht eine einheitliche Bewirtschaftung vor, das heisst, das gesamte Gemeindegebiet mit Ausnahme von Tromsberg und Hertenstein ist eine blaue Zone, ebenso die Spazierparkplätze. Es gibt aber auch bereits in dieser Variante speziell ausgezeichnete Parkplätze, wo man genauer anschauen muss, die sogenannten Sterneparkplätze.

Dann Variante 2, das ist die Variante, welcher der Gemeinderat zur Umsetzung vorschlägt. Und zwar gibt es im Zentrum von Nussbaumen eine kleine Zentrumszone, welche anders behandelt werden soll, als der Rest von Nussbaumen, Rieden und Kirchdorf. Wiederum sieht man da speziell die Sterneparkplätze, da sind auch die sogenannten Spazierparkplätze. Die Sterneparkplätze sollen speziell angeschaut werden.

Dann haben wir Variante 3, das ist ein vergrössertes Zentrum. Das geht über ein enges Zentrum darüber hinaus und geht entlang an der Landstrasse und die blaue Schraffur ist die gleiche und auch die Sterneparkplätze sind die gleichen.

Dann haben wir Variante 4, kleines Zentrum mit 5 verschiedenen Zonen. Also das heisst, Rieden, Nussbaumen und Kirchdorf werden in verschiedenen Zonen unterteilt, wo jeweils eine separate Parkkarte gelöst werden sollte. Also z.B. mit einer Parkkarte von Rieden kann man nicht in Kirchdorf parkieren.

Dann haben wir noch Variante 5, grosses Zentrum, 6 kleinere Wohnquartiere. Das ist an und für sich das gleiche wie vorher, einfach noch weiter unterteilt und mit einem anderen Zentrum.

Dann haben wir noch verschiedenen Varianten betreffend Parkzeitbeschränkung und Gebühren. Auch da ganz kurz ein Überblick. Wir haben Varianten mit progressiven Gebühren, das heisst, dass die Gebühren nicht linear zunehmen, sondern mit längerer Dauer sich die anfallenden Parkgebühren werden immer mehr erhöht. Werktags von 08.00-19.00 Uhr ist keine Parkbeschränkung vorgesehen.

Die andere Variante sind konstante Gebühren und das ist an und für sich die gleiche zeitliche Ausdehnung, nur dass die Parkgebühren linear hinaufgehen. Wir sind in diesen Darstellungen von einer Parkgebühr mal von CHF 0.50 ausgegangen. Wie bereits erwähnt, ist das noch nicht fix. Wir haben das einfach als Beispiel genommen.

Dann die nächste Variante ist eine Parkzeitbeschränkung von 2 Stunden und konstante Gebühren. Dann haben wir noch die berühmte blaue Zone. Parkzeitbeschränkung von 1 Stunde, 1.5 Stunden über den Mittag, Gebührenfrei und zwar mit der Hinterlegung von einer Parkscheibe. Kostenpflichtige Parkkarten für Langzeitparkierer für ausgewählte Gruppen, wo ich noch zu sprechen komme. Und dann als weitere Variante Parkzeitbeschränkung von 3 Stunden kostenlos. Ist an und für sich dasselbe wie oben, einfach, dass die mögliche Parkzeit 3 Stunden beträgt.

Unten habe ich noch als weitere Varianten aufgeführt: Das Dauerparkieren, das ist im Bericht nicht explizit enthalten, ist aber in der heutigen Lösung zeitlich nicht genau definiert, wann die Nacht dann anfängt und aufhört. Der Vorschlag, ich habe es bereits gesagt, Zoneneinteilung kleines Zentrum, einheitliche Zone, Wohnquartier mit denen speziellen Sterneparkplätzen. Und zu den Parkgebühren schlagen wir vor, eine blaue Zone bei Wohnquartier und eine weisse Zone mit konstanten Gebühren im Zentrum.

Da noch eine kurze Übersicht, was das genau heisst. Die Parkkarten, da haben wir uns vorgestellt, dass es eine Anwohnerparkkarte für Personen mit Wohnsitz in Obersiggenthal gibt, dann soll es eine Betriebsparkkarte geben für Betriebe mit Sitz in Obersiggenthal. Eine Serviceparkkarte z.B. für Handwerker in unserer Gemeinde, der das Schulhaus baut, so als Beispiel. Dann eine Besucherparkkarte. Und dann eine sogenannte Gesundheitsparkkarte. Das wäre gedacht für Spitex oder andere Betreuungsdienste. Als Hinweis, Parkkarte heisst nicht, dass man jedes Mal auf die Gemeinde gehen muss. Es gibt heutzutage verschiedene Varianten wie z.B. online Lösungen oder App-Lösungen. Das muss man dann bei der genaueren Ausgestaltung vom Reglement konkreter abklären. Ein Wort noch zu den speziellen Sternenparkplätzen. Wir haben da einerseits die drei Sternenparkplätze. Das ist im Zentrumskeisler, beim Hirschen in Kirchdorf, beim Friedhof in Kirchdorf, das ist aktuell als blaue Zone eingezeichnet in diesem Bericht. Wir werden aber da noch Gespräche führen müssen mit den Restaurants Betreibenden und mit der Kirche. Je nach dem, müssen wir da gewisse Anpassungen vornehmen. Dann haben wir das Schützenhaus Ebni, Spazierparkplätze. Dort werden jetzt aktuell Parkzeitbeschränkungen von 18 Stunden vorgesehen. Dann Schwimmbad, Sport- und Schulanlagen dort würden wir konstante Parkgebühren verlangen. Beim Gemeindehaus haben wir vorgesehen, Gebühren für 2 Stunden konstant und anschliessend progressiv. Ich möchte da nicht weiter auf Details eingehen. Die Details finden Sie im Parkraumkonzept auf der Seite 20 und im Anhang.

Dann wurde noch eine Frage zur Wirtschaftlichkeit gestellt. Das Verhältnis zu den Einnahmen und Ausgaben. Da muss ich sagen, das kommt jetzt natürlich darauf an, wie genau das Zonenmodell aussieht. Je nach dem sind auch die Beschilderungen verschieden, sind die Arbeiten verschieden. Die Höhe von den Gebühren ist ausschlaggebend. Die Ausführungsvarianten oder das Gebührenmodell. Im Anhang zwei haben Sie eine grobe Schätzung bei den vorgeschlagenen Varianten. Und auch da einmal mit Parkuhr und einmal mit Schranke. Wie sieht das weitere Vorgehen aus? Wir haben die heutige Sitzung, da werden Sie einen Variantenentscheid fällen und gestützt auf den Variantenentscheid wird dann das Parkierungsreglement inkl. Gebührenordnung ausgearbeitet, welche Ihnen auch nochmals verteilt wird und gegebenenfalls wird es eine Anpassung geben von diesem Bericht Parkraumkonzept und dann wird auch die Kreditvorlage über die Umsetzung von diesem Parkraumkonzept, also von der gewählten Variante, nachher Ihnen dann vorgelegt. Das wären meine Ausführungen gewesen.

Robert Wyss: Die Fraktion Die Mitte hat das diskutiert. Es ist aber schnell unklar gewesen, was wir vor uns haben. Der Bericht hat keine Erträge, keine Langzeitkosten-Beschlüsse. Wir sind unsicher geworden. Wir mussten uns überlegen, warum ist der überhaupt entstanden, dann haben wir gemerkt, dass es eben auf das Postulat der SVP zurückgeht und der Rat hat es überwiesen. Darum sind auch die Unsicherheiten, die wir gehabt haben, ob das Sinn macht eigentlich hinfällig geworden. Den Zweck hat Bettina vorhin genau erläutert. Es macht sicher Sinn, dass wir daran weitergehen. Für die Mitte ist es grundsätzlich ein Zwischenbericht. Die Mitte kann den Vorschlag vom Gemeinderat grundsätzlich folgen, mit der Variante kleines Zentrum, einheitliches Wohnquartier. Auch mit den Gebühren macht es Sinn, die konstanten Gebühren, so wie es vorgeschlagen wird. Was noch interessant ist, dass im Schwimmbadparkplatz ein Park and Ride entstehen soll mit mind. 10 Parkplätzen. Das wäre eigentlich als Alternative gedacht für die, die nicht mehr dauerparkieren können. Und da macht es ja Sinn, dass man etwas aufhebt, auch eine Möglichkeit anbietet. Wir begrüssen diesen Vorschlag und sind eigentlich mehrheitlich dafür. Wir sind gespannt auf den nächsten Bericht, der konkreter wird und allenfalls das Reglement und klarer Sache darüber entscheiden.

Mara Janni: Die SP-Fraktion möchte sich für den erarbeiteten Parkraumkonzeptes bedanken. Wir unterstützen das Konzept. Es ist ein Teil unseres Legislaturziele. Die pragmatische Stossrichtung mit nur zwei Zonen und einige wenigen, aber wichtigen Spezialfälle unterstützen wir. Beim Parkierungsreglement wird ein wichtiges Instrument geschaffen um Wildwuchs zu verhindern und im Notfall Bussen verteilen zu können. Was heute nur begrenzt möglich ist. Fast wichtiger finden wir, dass parkieren nicht gratis ist. Und mit dem Trend von zunehmenden Siedlungsdruck und inneren Verdichtung, wird es immer wichtiger werden, den Freiraum optimal

zu nutzen. Wir sind gespannt auf die weitere Ausarbeitung vom Parkierungsreglement, denn es gibt da noch Punkte, welche noch grösser werden müssten, wie soll z.B. die Reglementierung von den Parkplätzen für Spezialanlässen erfolgen. Aktuell ist z.B. der Kiesparkplatz beim Gemeindehaus als Überlaufparkplatz dient. Der dürfte gerne in Zukunft für Spezialanlässe oder bei Strassensanierungen als Ersatzparkplatz geöffnet werden.

Stefan Semela: Nach dem Studium von den verschiedenen Varianten des Parkraumkonzeptes von Obersiggenthal von der Metron, ist die FDP-Fraktion schnell zum Schluss gekommen, dass die Variante kleines Zentrum, einheitliche Zone Wohnquartier, die zu bevorzugende Variante ist. Insofern wird der Antrag vom Gemeinderat unterstützt. Betreffend Parkgebühren scheint die lineare Gebühr mit der Ausnahme beim Gemeindehaus, wie es Bettina gesagt hat, als sinnvoll erachtet. Da die progressiven Gebühren dazu dienen, kürzere Aufenthalte zu provozieren. Das ist unseres Erachtens im Zentrum von Nussbaumen, mit Ausnahme von dem Gemeindehausparkplatz, nicht notwendig. Der Antrag vom Gemeinderat enthalten leider keine Aussage zu den Spezialbereichen, welche Variante z.B. beim Schwimmbad oder beim Parkplatz Hirschen bevorzugt wird. Sind im Verlauf von Ausarbeitung von Parkierungsreglement sind für die Spezialbereiche sinnvolle Lösungen in Absprache mit den Liegenschafts- und auch teilweise Privateigentümern, zu erarbeiten und dann beim Parkierungsreglement fest zu legen. Sofern unterstützt die FDP die beiden Anträge vom Gemeinderat.

Urs Müller: Wir Grüne finden es richtig, dass Parkieren auf öffentlichen Grund, für jeden kostenpflichtig werden soll. Wir sind einverstanden mit der Variante kleines Zentrum, einheitliche Zone. Dabei wird im Rechtlichen darauf hingewiesen, dass das Regime genau beobachtet und unter Umständen auch Anpassungen später machen kann. Zwei Fragen oder Hinweise hätten wir. Es ist nicht vorgesehen, alle Parkfelder in der blauen Zone zu markieren. Wie wird klar, wo parkiert werden darf und wo nicht? Das aus Sicherheitsgründen oder auch im Winterdienst. Zweitens, ist die grosse Zentrumsarkierung im Markthof. Das sind zwar private Parkplätze aber die Bewirtschaftung ist da notwendig. Gemäss Baugesetz können solche Bewirtschaftungspflicht verlangt werden, wenn im Kommunalen Gesamtplan Verkehr die nötigen Grundlagen geschaffen sind. Unsere Frage darum ist, ist das im KGV so vorgesehen?

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Ich schaue im KGV schnell nach.

Andreas Baumgartner: Ich bin auch der Meinung, dass das Parkieren auf dem öffentlichen Grund etwas kosten muss. Ich finde es wichtig, dass man nicht gratis parkieren kann und ich bin einverstanden mit dem Konzept kleines Zentrum, einheitliche Zonen in den Wohnquartieren. Was ich aber gerne beliebt machen möchte, ist dass die Gebühren nicht linear sind, sondern dass sie progressiv ansteigen würden. Ich sehe Vorteile in dieser Variante. Vorteile sind, dass Parkplätze schneller wieder geleert werden und somit auch wieder frei werden und dass die jetzigen Anzahl Parkplätze länger ausreichen würden. Insbesondere bei der Vorfahrt bei der Sporthalle und im OSOS Zentrum. Leute, die ins Schwimmbad gehen, da ist der grösste Teil Besucher von Obersiggenthal, die dort hingehen und für die sollte es eigentlich kein Problem sein mit dem Velo oder zu Fuss dorthin zu gehen. Die Auswärtigen, die kommen, da haben wir eigentlich gesagt, dass wir möchten, dass sie einen Beitrag leisten zum Schwimmbad. Und das wäre die Möglichkeit, dass sie bei den Parkplatzgebühren einen kleinen Teil beitragen können. Leute aus der Region können wirklich problemlos mit dem Velo oder zu Fuss dort hin. Das gleiche gilt auch für die Vereine die dort trainieren, die jene, die sportlich sind, können am besten mit dem Velo dort hinfahren. Darum würde ich es gut finden, dass sich diese Parkplätze auf die Methode mit der progressiven Gebühr vorbereiten.

Volkmar Hauelsen: Über das Parkraumkonzept diskutieren wir schon lange. Und ich habe mich schon verschiedentlich skeptisch geäussert. Ich habe mir sogar überlegt, ob ich einen Antrag stelle. Das mache ich aber aus zwei Gründen nicht. Einmal aus Respekt, dass der Rat das Geschäft nun mal überwiesen hat und ich will hier nicht als Bürolant ausgehen. Und Zweitens, soll eine gute Lösung herauskommen. Ich habe aber die Befürchtung, dass es das nicht tut und am Schluss, etwas, was wir mit viel Arbeit ausgearbeitet haben, nicht angenommen wird. Punkte, die ich kritisch sehe und mein Votum ist hier mit zwei Bitten an den Gemeinderat. Ich befürchte, dass das ein relativ kompliziertes System wird, den Bürgern schwer

vermittelbar ist. Die Besucherparkkarte, wenn ich von auswärts komme nach Kirchdorf muss, wenn ich dann eine Besucherparkkarte lösen muss, dann muss ich es erstmals wissen. Ja ich muss nicht zur Gemeinde, wir haben eine App. Das heisst, die ganze Arbeit des Konzeptes, wenn wir das schon machen auch die Variante, die vorgeschlagen ist, ist klar. Aber es hat dennoch eine gewisse Komplexität. Wir haben dann ein halbes Jass-Blatt voll Parkkarten. Es ist ja alles noch nicht festgelegt, mit Schranken zu arbeiten. Das sind Investitionen. Das ist Unterhalt. Da sind diese ganzen Parkkarten zu verwalten. Einigen Aufwand in der Administration. Und eher eine komplizierte Situation für die Bevölkerung, dass zu verstehen und dies auch zu akzeptieren. Und wenn sie das nicht tun, nützt es nicht wirklich viel. Die unmittelbare Notwendigkeit sehe ich nicht unter Beschränkung des Verkehrs. Öffentlicher Raum ist nicht einfach gratis, bin ich überall dabei. Aber aus der Verkehrssituation, entsteht kein zwingender Handlungsbedarf. Das geht aus Abschnitt 3.3 hervor. Und aus den Handbedienungen nicht mehr zeitgemäss, effiziente Bewirtschaftung zu ermöglichen. In Baden Regio wird es anders gehandhabt, das sind für mich auch keine zwingenden. Deswegen, meine Bitte an den Gemeinderat, erstellt als aller erstes, auch wenn es noch grob ist, ein Konzept, welche Aufwände sind da, das zu Erarbeiten und das Einzuführen mit Investition, mit Arbeit und Aufwand in der Verwaltung und welchen Aufwand und Kosten entsteht, das Parkraumkonzept dann würdig weiterzuführen. Mit Parkkarten, welche jährliche ausgestellt werden müssen, mit Schranken die gewartet werden müssen, mit Software, die upgedatet werden müssen. Macht das bitte sehr früh und hinterfragt sehr kritisch, ob das Konzept wirklich ein Erfolg werden kann, auch wirtschaftlich. Denn wenn Ihr hier nur investiert und wir hinterher keinen Ertrag haben, dann kann es der Situation nicht gewürdigt werden. Und schaut, ob wir ein Konzept haben, was am Schluss die Bevölkerung auch haben wird.

Markus Renggli: Wer im Archiv nachschaut, sieht, dass die Überweisung von diesem Postulat von der SVP-Fraktion damals mit 39 zu 1 überwiesen worden ist. Der eine bin ich gewesen. Das heisst ich bin dazumal der gleichen Ansicht gewesen, wie Volkmar jetzt. Dass das nicht hohe Priorität hat die Erstellung von dem Parkraumkonzept und ich werde nachher das Fraktionsvotum halten bezüglich Aufgaben- und Finanzplan. Wenn man das anschaut, die ganze Übung, dann erstaunt es mich doch ein wenig, dass es jetzt von der SVP-Fraktion nicht kommentiert wird und noch mehr Schwerpunkte daraufgelegt wird, für die Aussagen, wo wir jetzt für die Planung und Erstellung und so weiter haben. Ist es zum jetzigen Zeitpunkt nice to have oder ist es wirklich wichtig für die Zukunft unserer Gemeinde wesentlich. Und ich denke im Moment stehen wir, wo wir stehen. Das ist ja auch noch nicht etwas Definitives. Es geht darum, den nächsten Schritt abzuwarten aber eben wirklich mit Schwerpunkt auf Aufwand und Ertrag. Das Ganze anzuschauen und nicht zu viel Zeit zu verlieren in Details, welche schlussendlich beieinander sind, bezüglich jetzt Finanzplan.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Urs Müller hat einige Fragen gestellt. Die erste ist, es ist richtig, wir haben keine Markierung vorgesehen. Und die Frage wie wir sicherstellen, dass die Leute am richtigen Ort parkieren. Es gelten die allgemeinen Regeln vom Strassenverkehrsgesetz. Die besagen eigentlich, wo wir abstellen dürfen und wo nicht. Dann die Frage, ob es die Pflicht gibt zur Einführung von Parkgebühren im Bereich vom Markthof. Ja, nach dem Kommunalen Gesamtplan Verkehr, der ist ja noch nicht verabschiedet. Wenn ich das in dieser schnellen Zeit richtig gesehen habe, dann gibt es keine Verpflichtung dazu eine solche Parkgebühr im Markthof einzuführen. Der Gemeinderat geht aber trotzdem davon aus, dass das eine Frage der Zeit ist. Wenn nämlich auf dem Gemeindegebiet die Pendler nicht mehr unbeschränkt parkieren dürfen, dann werden sie sich dort bedienen, wo man gratis parkieren kann. Und das ist im Moment im Markthof. Es sind selbstverständlich Annahmen, dass sich durch das Parkieren der Markthof veranlasst sieht, selber auch für das Parkieren ein Gebührenreglement zu erheben.

Daniel Meier: Ich möchte das ganze Thema als Attraktivität aus der Gemeindesicht anschauen. Wir haben jetzt gerade gehört, wir schaffen quasi damit ein Präjudiz mit diesem Parkraumkonzept, dass der Markthof dann quasi nachziehen muss. Als ein Beispiel, ich glaube im Markthof, dass man gratis parkieren kann, ist ein Verkaufsargument, dass die Leute im Dorf einkaufen. Klar man kann damit argumentieren, es zieht mehr Autos an. Das ist die andere Seite. Aber wenn die Umsätze der Läden dann verschwindet, dann ist unserem Dorf eben

auch nicht geholfen. Ich denke das ist ein Aspekt. Ein anderer Aspekt ist, der Schwimmbad Parkplatz. Auch da, es gibt sicher Nussbaumer, Obersiggenthaler, die mit dem Velo kommen können, aber wir sind auch wirklich angewiesen auf die Auswärtigen, dass sie zum Schwimmbad kommen und dort werden viele mit dem Auto kommen. Weil von Turgi, von Gebenstorf, Freienwil etc. mit Velo hierherkommen, die werden wahrscheinlich eher in der Limmat baden. Wir müssen es dafür und dagegen sehen. Ich möchte eigentlich dem Volkmar, sein Statement beliebt machen, dass das kritisch hinterfragt und wirklich mit grosser Konsistenz überarbeitet wird, dass es wirklich eine Sache gibt, die uns allen hilft. Notfalls könnte man vielleicht mit Richterlichem Verbot auf den zwei, drei Parkplätzen entgegenwirken. Die Wildparkierer können wir auch mit einem Parkkonzept nicht abfangen. Da braucht es Bussen, Polizei, welche vorbeikommt und die werden nicht mehr oder nicht weniger kommen, ob wir jetzt blaue Zonen machen oder nicht.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeamman: Es sind noch Gegenargumente gekommen. Ich möchte dazu noch einige Worte verlieren. Selbstverständlich ist das Ziel, dass die Umsetzung und die Bewirtschaftung von den Parkplätzen mindestens kostendeckend sind. Sonst macht es keinen Sinn. Dann sind wir der Meinung, dass wir eine einfache Lösung angestrebt haben mit der kleinen Zentrumszone, den blauen Zonen in den Wohngebieten und den Spezialparkplätzen, wo man halt schauen muss, was draufsteht. Das ist eine Lösung, welche auch in den anderen Gemeinden Gang und Gebe ist. Dann die Attraktivität vom Markthof. Ja mag sein, man muss einfach wissen, mittlerweile gibt es rundherum keine Einkaufsmöglichkeit mehr, wo man gratis parkieren kann auch z.B. im Tägi in Wettingen, wo es anfangs noch gratis war. Und dann die Überprüfung von den Wildparkierer. Es ist so, die Einhaltung von den Gebührenordnung fordert auch, dass man da vermehrt Kontrolle durchführt.

Daniel Jenni: Wir haben, von mir ausgesehen, eine konsultative Frage. Und zwar war der Vorschlag von Andreas Baumgartner, wegen linear oder progressive Gebühren. Ich denke wir stimmen zuerst über das ab, damit der Gemeinderat weiss, wohin er durch soll, wenn es dann soweit ist. Also einerseits geht es darum, dass die Gebühren linear erhebt oder progressive Gebühren, sowie es Andreas Baumgartner gesagt hat. Es ist eine konsultative Abstimmung.

Peter Huber: Einfach eine inhaltliche Frage. Von mir ausgesehen, kommt dass noch zu früh. Es muss doch abgerechnet werden, bevor man da nicht weiss was man machen will, weiss ich nicht ob das den richtigen Ansatz ist hier schon konsultativ abzustimmen. Wegen den Parkgebühren beim Schwimmbad, konstruktiv abzustimmen.

Keine Wortmeldungen.

Abstimmungen

Wer dafür ist, dass wir die konsultative Abstimmung machen, der soll jetzt die Hand erheben.

Der Einwohnerrat verzichtet auf die konsultative Abstimmung mit 16 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen.

Der Bericht des Gemeinderates zum Parkkonzept Obersiggenthal vom 25. Mai 2021 sei zu genehmigen.

Der Antrag wird mit 34 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Abstimmung

Es sei dem Varianten Entscheid "kleines Zentrum, einheitliche Zone Wohnquartiere" in Kombination mit "konstanten Gebühren" zuzustimmen.

Der Antrag wird mit 31 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen.

5 2021/24 Energiepolitisches Programm 2021, Kenntnisnahme

Eintreten nicht bestritten

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeamman: Im Jahr 2017 hat der Gemeinderat beschlossen, das Energiepolitische Programm wie es aktuell noch auf der Website publiziert ist, durch Energie- und Umweltkommission verarbeitet zu lassen. Eine Auskunft über Zielerreichung vom bisherigen Programm finden Sie stichwortartig in der Vorlage aufgelistet. Im Jahr 2019 hat die EUK die Arbeiten für ein neues Energiepolitisches Programm aufgenommen. Dabei hat sie sich an den Zielen und Massnahmen vom Energiestadtlabel orientiert. Eine Arbeitsgruppe plus die EUK Mitglieder haben sich mit spezifischen Themenkreisen befasst und an mehreren Sitzungen hat sich die EUK insbesondere mit den verschiedenen entwickelten Massnahmen auseinandergesetzt. Der Gemeinderat wurde mehrfach aufdatiert und hat seinerseits Rückmeldungen gegeben. Schliesslich hat der Gemeinderat das Energiepolitische Programm im August 2021 von diesem Jahr verabschiedet. Neu ist insbesondere, dass der Einwohnerrat jährlich ein Reporting über Zielerreichung bekommen soll. Allerdings nicht im Rechenschaftsbericht, weil der Redaktionsschluss vor der Durchführung der 1. Sitzung im neuen Jahr von der EUK ist. Es soll ein separates Traktandum dazu geben. Der Gemeinderat dankt an dieser Stelle ganz herzlich den Mitgliedern der EUK für ihre engagierte Arbeit. Sie haben sich sehr ins Zeug gelegt und sich viele Gedanken gemacht wie solch ein Energiepolitisches Programm aussehen soll. Damit legt der Gemeinderat Ihnen das neue Programm zur Kenntnis vor.

Mia Jenni: Die SP-Fraktion hat sich in der letzten Fraktionssitzung nicht geäussert zu der Mitdiskussion zu der ökologischen Zukunft in Obersiggenthal. Der Punkt Energiepolitisches Programm sind ein wenig länger bewahrt. Die Errungenschaften sind anstrengend von den letzten Jahren. Die umweltfreundlichen Gewichtungskonzepte wurden umgesetzt. Bildung und Arbeit von Obersiggenthalerinnen und Obersiggenthaler hat es gegeben für das grüne Wohnen. Und auf den öffentlichen Dächern, wie im Goldiland werden Photovoltaikanlagen realisiert. Ebenso sind bei mir ersichtlichen Neubauten, Minergie-Standard einzuhalten. Das zeigt, dass die Gemeinde durchaus bereit ist, sich für eine Wohnort der Zukunft einzusetzen. Selbst wenn wir das Label Energiestadt nicht tragen. Von dem her, ist das Energiepolitische Programm für uns als einen Wehmutstropfen. Die Lücke von 2017-2019 hätte es nicht benötigt. Umso besser gibt es da wieder Bemühungen und ich möchte mich bei der entsprechenden Kommissionsperson bedanken. Auf der anderen Seite geht das Energiepolitisch Programm von Obersiggenthal, der SP-Fraktion, zu wenig weit. Es dürfte noch stärker auf allen öffentlichen Dächern eine Photovoltaikanlage eingebaut werden. Vom Langsamverkehr definiert werden und unser Strom könnte von Anfang an mehr Naturstrom sein. Ein Angleich müsste eigentlich von einzelnen Personen entschieden werden. Umso stärker dürfte auf Energiestandard beharrt werden. Da sehe ich auch uns als Ratsmitglieder als Pflicht, wenn wir uns an Diskussionen um das Schulhaus Goldiland, wo der Energiestandard aus Kostengründen bedacht haben. Das dürfte angesichts aus der Klimawelt nie passieren. Geld kann und darf nicht wichtiger sein als Natur. Und zu guter Letzt kann das Klimaziel vom Pariser Abkommen einhalten nicht erst 2050 erreicht werden soll, sondern bereits im 2030. Dann ist unser CO2-Budget aufgebraucht. Wir werden uns, von der SP-Fraktion, für das Ziel weiter stark machen und der nächste Schritt müsste eigentlich die Unterzeichnung von der Klimakarte sein, wo sich die Gemeinde verpflichtet, als Gemeinde ein Monitoring zu machen, dass wir auch konkurrenzfähig bleiben.

Damit wir nicht wieder so Lücken haben wie zwischen 2017 und heute. Wir nehmen das Programm also zur Kenntnis.

Sonja Scherrer: Danke auch von unserer Seite an die EUK. Wir nehmen die Überarbeitung vom Energiepolitischem Programm für unsere Gemeinde mit Freude zur Kenntnis. Wir begrüßen es, dass der Gemeinderat im Juli von diesem Jahr die Überarbeitung zu Gunsten der Umwelt ins Rollen gebracht hat und auch konkrete Ziele anstrebt, sich als Energiestadt kurzfristig bis langfristig gesetzt hat und dem Einwohnerrat jährlich einen Bericht erstatten möchte.

Christian Buser: Die Mitte-Fraktion nimmt das aktualisierte Energiepolitische Programm der Gemeinde Obersiggenthal positiv zur Kenntnis. Das explizit darin enthaltene Netto-Null-Ziel bis 2050 ist unabdingbar, um als Gemeinde einen relevanten Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Der Mix aus Massnahmen zur Vermeidung fossiler Brennstoffe und Nutzung erneuerbarer Energie, zur Energieeffizienz, zu einer vernünftigen Mobilität sowie zum haushälterischen Umgang mit Ressourcen sind zweckmässig und realistisch formuliert. Die Art der Überwachung der Zielerreichung, die Zuordnung der Verantwortung sowie die Grundsätze zum Reporting finden wir gut und mit dem nötigen Augenmass. Ein wesentlicher Treiber des Energiepolitischen Programms ist die Energie- und Umweltkommission, welche mit viel persönlichem Engagement die Themen vorantreibt. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an die Energie- und Umweltkommission.

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung

Das Energiepolitische Programm 2021 wird zur Kenntnis genommen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

6 2019/26 Postulat SP-Fraktion betreffend Erarbeitung eines Betriebs- und Gestaltungskonzepts Kirchweg West, Kenntnisnahme des Berichts des Gemeinderats und des Betriebs- und Gestaltungskonzepts Kirchweg West / Landschreiber

Eintreten nicht bestritten

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Der Ausgangspunkt für die Erarbeitung von der Betriebs- und Gestaltungskonzeptes ist Tatsache, dass der Strassenzustand vom Kirchweg zum Teil ungenügend ist. Ausserdem ist aber auch die Situation in dem Boden ungenügend. Und zwar sind Werkleitungen ebenfalls in einem ungenügenden Zustand und müssen in den nächsten paar Jahren ersetzt werden. Den Bericht haben Sie gesehen. Der ist erarbeitet worden von einer Projektgruppe. Da hatten Marco Erni von der Planungskommission, Erwin van Bouwelen, ehemaliger Leiter Tiefbau, ein Raumplaner und ein Landschaftsarchitekt, Einsitz. Zum Inhalt möchte ich nicht ins Detail gehen. Einfach zwei drei Worte. Der Querschnitt entspricht einem Grundquerschnitt Gemisch und die Breite ist auf dem Begegnungsfall Lastwagen-PG ausgerichtet. Es ist also möglich sich zu kreuzen, wenn es sich da zwei Fahrzeuge begegnen. Es geht darum den Langsamverkehr von dem Kirchenweg zu priorisieren und obwohl in einer Tempo 30er Zone, wo dort eigentlich vorgesehen ist, grundsätzlich kein Fussgängerstreifen markiert werden soll, haben wir uns trotzdem entschieden zwei Fussgängerstreifen zu markieren, denn aus Kindersicherheit ist es ein wichtiger Schulweg. Dann ausserdem gibt es noch Baumreihe auf der südlichen Seite. Die Bäume haben zwar Blätter aber sie sind leider in

einem schlechten Zustand, wie uns von einem Landschaftsarchitekten versichert worden ist. Das Projekt haben wir angemeldet beim Bund für Agglomerationsprogramm 4. Generation. Und wenn da angenommen wird, bedeutet das, dass wenn wir einen Spatenstich im Zeitraum zwischen 2024-2028 vornehmen können, dass wir eine namhafte Subvention vom Bund dafür rechnen können. Wenn wir das nicht bis dorthin schaffen, dass wir das umsetzen, dann werden wir keine Subvention erhalten. Und wenn wir es auch nicht schaffen, soweit voran zu treiben, dass wir zur Umsetzung kommen, auch Zuwendungen in der Region Baden für vergleichbare Projekte vom Bund gekürzt werden.

Marco Erni: Wir bedanken uns für die Erarbeitung des Betriebs- und Gestaltungskonzepts Kirchweg West. Damit ist ein wichtiger Schritt erfolgt für eine siedlungsfreundliche Umgestaltung, welche den zukünftigen Bedürfnissen aller Verkehrsteilnehmenden Rechnung trägt, dem Schleichverkehr entgegenwirkt und auch die Qualität für die Anwohner stärkt. Wir haben nur einen Hinweis. Das eingestellte Budget von CHF 8'000 für den Strassenteil reicht nicht aus für ein richtiges Vorprojekt. Umso wichtiger wird es dann sein, ein gutes Bauprojekt zu erarbeiten. Wenn im weiteren Bearbeitungsprozess die noch offenen Fragen sauber geklärt werden, sind wir überzeugt, dass mit dem Projekt ein grosser Gewinn für die Gemeinde erreicht werden kann. Nochmals herzlichen Dank für die Erstrebung dieses Projektes

Ursula Spinner: Die FDP-Fraktion sieht in der Variante Mischverkehr ebenfalls die beste Lösung. Zusammen mit der Einführung Tempo 30 wird der Schulweg unter kantonale Randgruppe gerecht. Einerseits haben Velofahrer Vortritt gegenüber einmündendem Verkehr und andererseits werden für die Sicherheit des schwächsten Teilnehmers zwei Fussgängerstreifen breite Trottoir gebaut. Eine Bepflanzung, wie auch Bänke machen den Ort für einen Aufenthalt freundlicher. Wir hoffen, dass die neuen Tempolimits eingehalten wird und gehen davon aus, dass es denn öfters kontrolliert wird, weil das ja ein wichtiger Schulweg ist. Ebenfalls hoffen wir, dass die Gesamtkosten gut berechnet worden sind. Denn im schlechteren Fall würde uns dieses Projekt wieder eine halbe Million mehr kosten. Es wäre eine schöne und wünschenswerte Aufwertung. Aber in Anbetracht unserer finanziellen Lage, werden wir zu dem gegebenen Zeitpunkt sicher nochmals über die Realisierung des Projektes diskutieren müssen.

Volkmar Hauelsen: An der Strasse gibt es Handlungsbedarf. Die Strasse selber, aber auch für die Werkleitungen. Und wir sind froh, dass rechtzeitig, bevor das angegangen werden muss, die Spule ausgelöst wurde durch das Postulat. Und wir sind sehr dankbar für das erarbeitete dieser Spule. Die Strasse hat sehr viele Funktionen. Es ist beschrieben. Es ist eine Quartiersammelstrasse, stark für Autos. Es ist aber auch eine lokale Gehroute. Es ist eine kantonale Velo-Route. Es ist ein Schulweg zum OSOS und Busverkehr mit Veloverkehr. Und hat auch eine Durchquerungsfunktion. Die Strasse muss auch durchquert werden um runter zu kommen und zum Markthof zu kommen. Und das heutige Konzept wird unserer Meinung nach nicht ausreichend gerecht. Mit dem neuen Betriebs- und Gestaltungskonzept sind wir aber der Meinung, dass das Gesamtkonzept mit der Variante Mischverkehr bis hin zu den baulichen Details, Trottoir - Einfahrten, kein Rechtsvortritt, Fussgängerstreifen, Tempo 30 Zone, sind wir der Meinung, dass eine Lösung gefunden wurde, dass allen Verkehrsträgern gerecht wird. Ein guter Kompromiss zu zwischen allen Funktionen sind und damit eine klare Aufwertung unserer Gemeinde.

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Einwohnerrat nimmt die Erläuterungen des Gemeinderates zum "Postulat der SP vom 6. Juni 2019 betreffend Erarbeitung eines Betriebs- und Gestaltungskonzept zum Kirchweg West" zur Kenntnis.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Das Postulat wird als erledigt von der Kontrolle abgeschrieben.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

7 2020/13 Postulat Sonja Scherer betreffend Klima- und Energie-Charta

Eintreten nicht bestritten

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Ich versuche mich kurz zu fassen. Der Gemeinderat versucht sich, das nicht zu überweisen. Sie finden die Gründe aufgelistet in der Vorlage. Die Gemeinde Obersiggenthal unternimmt bereits einiges. Die Kosten müssen wir für was anderes einsetzen.

Sonja Scherer: Zuerst möchte ich mich beim Gemeinderat für die schreckliche Begründung und Abweisung vom Postulat bedanken. Besonders mit der Übersicht offenen und schon laufenden Massnahmen auf der Gemeinde, was wir sehr interessant gefunden haben. Und im Hinblick auf das Traktandum 4, ist es eine sehr sinnvolle Sache dem Einwohnerrat einen Statusbericht vorgelegt werden soll. Somit soll Transparenz und Diskussion über das Energiepolitische Programm von unserer Gemeinde entstehen. Im Nachhinein verstehe ich es jetzt besser, wieso das Postulat zuerst unbegründet abgelehnt worden ist. Nach Rückmeldung zur Überarbeitung vom Energiepolitische Programm kommt. So ein Energiepolitische Programm mit konkretem Ziel und festgelegten Not-Ziel sind sehr ähnlich zu den Klima- und Energie-Charta. In dieser Hinsicht sehen wir, dass sich unsere Gemeinde fortgeschritten hat. In dieser Hinsicht nimmt sich der Gemeinderat auch seine Verantwortung gegenüber der Umwelt und der zukünftigen Generationen auf der Gemeindeebene wahr. Es benötigt halt Anstrengungen auf jeder Ebene. Vor allem beim Bund und Kanton ihre eigens gesetzten Ziele immer wieder verfehlen. Das letzte Beispiel ist, die kantonale Volksabstimmung vom 27. September 2020 Umsetzung von der Energiestrategie 2050. Alle Parteien waren dafür, ausser die SVP und der Gebäudeverband. Das Energiegesetz ist das versenkt worden. Schauen wir aber auf unsere Gemeinde, so hat diese das Energiegesetz angenommen. Eidgenössische Volksabstimmung vom 14. Juni 2021 CO2 Gesetz Verminderung der Treibhaus Emissionen – abgelehnt. Aber als einer der wenigen Gemeinden in der Deutschschweiz hat Obersiggenthal das CO2 Gesetz befürwortet. "Mehrheit der Gemeinden in der Sprachregion, rund 87% lehnt die Vorlage ab", Aargauer Zeitung. Also unter dem Strich, das Klima wird nicht besser. Macht ihr eure Hausaufgaben, dann machen wir unsere und so weiter. Dringlichkeit, die von der Wissenschaft belegt wird, nimmt zu. Und eben wir haben eine Bevölkerung in dieser Gemeinde, was Abstimmungen über Abstimmungen belegt, dass uns ermöglicht in dieser Krise fortschrittlich zu handeln. Das Bedürfnis ist da. Ich verstehe, dass Klima- und Energie-Chart mehr ist, als Energiepolitische Programm. Mehr Aufwand, mehr Ressourcen, alles mehr. Aber Nachhaltigkeit, das sagt das Wort schon, als ein Vorteil in der Zukunft auszahlen. Das ist ein Weg, welche die Gemeinde nicht alleine bestrittet. Das hat mich auch ein wenig an der Begründung vom Gemeinderat gestört. Klima- und Energie-Charta beruht auf Austausch und Zusammenarbeit. Es ist ein Schritt, wo schon dutzende weitere Schweizer Gemeinden vollbracht haben. Darum finde ich, dass erarbeitete Energiepolitische Programm reicht nicht. Es benötigt die Auseinandersetzung mit der wichtigen Thematik, mit der brennenden Thematik unserer Zeit, wo nur durch die Identifizierung unserer Klima- und Energie-Charta zustande kommen würde.

Christian Buser: Bei diesem Thema wäre man sehr versucht, nochmals die Fraktionsmeinung zum Energiepolitischen Programm vorzulesen, zu ähnliche sind das Energiepolitische Programm sowie die Energie- und Klimacharta. Der Gemeinderat hat zudem in seinen

Erläuterungen sehr gut aufgezeigt, was seitens der gemeindeeigenen Immobilien alles Unternehmen wird, um im Sinne des Klimaschutzes, der Energieeffizienz und der Förderung Erneuerbaren Energien zu handeln. Oder anders gesagt, der Gemeinderat zeigt auf, dass die Gemeinde Obersiggenthal dem Grundsatz "Walk-the-Talk" heute schon gut nachkommt. Die Unterzeichnung der Klima- und Energiecharta wäre somit mehr ein zusätzlicher symbolischer Akt, der jedoch zusätzlichen administrativen Aufwand bringt, den die Fraktion, die Mitte, lieber direkt in konkrete Projekte und Massnahmen investieren möchte. Die Orientierung der Massnahmen bittet das Energiepolitische Programm hierzu genügend. Bei allen Sympathien zum Klimaschutz wird die Fraktion die Petition nicht überweisen.

Mara Jenni: Wir von der SP-Fraktion finden grossmehrheitlich, dass es von absolutem und 100% wissenschaftlichen Konsens über die Dringlichkeit vom Problem von der Klimakrise auch auf der kommunalen Ebene erfordert, dass wir alle möglichen Anstrengungen unternehmen müssen zum unseren Anteil dazu bei zu tragen. Eigentlich zu sagen, dass Gemeinde sehr viel für den Klimaschutz unternimmt, obwohl wir als Gemeinde in der Energiebuchhaltung nur Durchschnitt sind, also nur Minimalziele erreichen, reichen nicht. Wieso kann man also nicht, was wir bereits als Gemeinde in Sache Klimaschutz bereits unternehmen, als Ausgangslage für alle sich zu verbessern anzuschauen und nicht auf einem Status Quo zu beharren. Genau dafür wäre die Unterzeichnung für das Klima- und Energie-Charta gut. Weil es uns zwingt am Ball zu bleiben und weil es uns ermöglicht mit anderen Gemeinden auszutauschen und zu vergleichen. Ja das Monitoring von der Klimakarte festgehaltenen Ziele, wird Ressourcen brauchen. Wenn wir aber für das grösste Problem, unserer Zeit mit drastischen Auswirkungen auf globaler, genauso auf nationaler und lokaler Ebene zu wenig Ressourcen haben, müssen wir uns mal fragen, ob wir als Gemeinde unsere Prioritäten richtig setzen. Es geht nicht um Sympathien, es geht ums Überleben. Wir bitten euch, das Postulat Klima- und Energie-Charta zu überweisen.

Urs Müller: Ich möchte nur ganz kurz aus der Perspektive von der älteren Generation was sagen. Wir hören etwa, vor allem von der rechten Ratsseite, finanziell dürfen wir nicht grosse Lasten unseren Kindern und Enkeln hinterlassen. Das ist auch ein Grund, warum Ihr das jetzt nicht entgegennehmen möchtet. Wir brauchen das Geld für sinnvolleres. Wenn wir da nicht vehement jetzt daran gehen und Energiepolitisch etwas verändern, dann hinterlassen wir unseren Enkelkindern und Kindern viel grössere Lasten, als z.B. einen höheren Steuerfuss. Ich möchte euch dringend bitten, jetzt nicht einfach das Postulat abzuwischen, sondern dran zu bleiben. Ich habe noch eine Frage, das überschneidet sich eben mit dem Energiepolitischen. Dort stand "Es wurde ein Ranking gemacht für unsere Gemeinde". Steht aber nicht wie das Ranking ausgefallen ist. Vielleicht gibt es da noch eine Antwort dazu.

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung

Das Postulat Sonja Scherer betreffend Klima- und Energie-Charte sei nicht zu überweisen.

Der Antrag wird mit 12 Ja-Stimmen zu 21 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

8 2021/21 Postulat SP-Fraktion betreffend Prüfung einer fahrplanmässigen Hertenstein-Busverbindung.

Eintreten nicht bestritten

Daniel Jenni: Wir sind ein Einwohnerrat weniger, weil er früher gehen musste. Das heisst momentan sind 34 vereidigte Einwohnerräte da und das absolute Mehr bleibt bei 18.

Alois Baumgartner: Unsere Fraktion hat das Postulat intensiv diskutiert. Der Ruf nach einem Ortsbus und nach einer Busverbindung über Hertenstein ist bekanntlich schon mehrere Jahre alt und schon mehrheitlich geprüft. Nach Pilotversuch mit einem Ortsbus sind durchgeführt worden. Fazit, die Ausgangslage hat sich, unserer Meinung nach, nicht wesentlich verändert seit der letzten Untersuchung. Unsere Fraktion ist deshalb mehrheitlich der Ansicht, dass das Postulat nicht überwiesen werden soll. Darum mein Antrag auf nicht Überweisung des Postulates.

Hanne Rigter: Es freut uns, dass der Gemeinderat bereit ist, das Postulat anzunehmen. Ausschlaggebend für die Einreichung des Postulates ist, dass der RVBW-Bus von der Linie 9 vom Baden Bahnhof zum Kraftwerk aufgehoben wird. Das gibt eine neue Chance über eine Verbindung über die Römerstrasse zu der Bruggerstrasse und über die Obersiggenthalerbrücke bis zum Hertenstein geführt werden könnte. Das grundlegende Anliegen ist kein neues, die Busverbindung zum Hertenstein. Im 2014 ist eine Petition eingereicht worden um Freienwil und den Hertenstein mit einer Postautoverbindung an Obersiggenthal und weiter an Baden zu erschliessen. Der Kanton war damals nicht bereit zum diesen Testbetrieb zu unterstützen und die Gemeinde wäre auf den Kosten sitzen geblieben. Aufgrund von dem wurde der Antrag nicht weiterverfolgt. Heute geht es aber um eine Prüfung eines Kleinbusses und nicht einer Postautoverbindung. Und zusätzlich nur um eine Verbindung bis zum Hertenstein und nicht bis nach Freienwil. Der Prüfauftrag ist also ein anderer, als noch vor 7 Jahren. Zudem hat sich aber auch die Ausgangslage geändert und das Anliegen an sich, hat an zusätzlicher Dringlichkeit gewonnen. Die ÖV Erschliessung von Hertenstein ungenügend, immer noch. Zusätzlich könnte eine Busverbindung auch die Quartiere wie Homberg und Häfeler, wo auch noch Bauvorhaben im Gange sind und plant sind, so erschliessen und erreichbar machen. Der Bedarf an einer Busverbindung steigt weiterhin. Im Bericht zur Schulwegsicherheit erneut aufgezeigt worden, dass der Schulweg vom und zum Hertenstein nicht zumutbar ist. Die Gemeinde ist verpflichtet zumutbare Schulwege zu gewährleisten. Dementsprechend kommen gewisse Kosten sowieso auf die Gemeinde zu. Wieso also nicht eine Busverbindung? Und 3. haben wir bereits heute ein sehr hohes Verkehrsaufkommen, welches in den ersten Jahren weiter zunehmen wird. Eine Busverbindung würde zu einer Entlastung vom Verkehrsaufkommen führen. Wichtig ist für uns auch, dass in einer Prüfung der Kanton in Pflicht genommen wird. Insbesondere im Kontext von Mehrverkehr im Rahmen von der Oase, muss der Kanton jetzt Bereitschaft zeigen, sich an Projekten zur Förderung ÖV zu beteiligen. Unser Fazit somit, wir sind überzeugt, dass wir mit einer erneuten Prüfung von einer Busverbindung zum Hertenstein, nichts zu verlieren haben aber einiges zu gewinnen.

Peter Huber: Das Thema kenne ich persönlich sehr gut und es freut mich, dass eine andere Partei etwas macht. Ich war der Petitionär gewesen das letzte Mal mit den Freienwiler zusammen und da ist es an den Kosten gescheitert. Das ist klar gewesen. Wir haben aber auch dann nicht einen eigenen Bus haben, sondern wir wollten die Buslinie abziehen, welche von der Kantonsschule schon herumfährt. Es ist wahrscheinlich jetzt auch sehr schwierig. Die Idee ist nicht so schlecht vom Kleinbus. Das hatten wir auch diskutiert gehabt. Ein grosses Problem ist das. Bestehend, dass es zwei verschiedene Busverbindungen gibt. Das heisst Postauto und RVBW und die kommen bis heute nicht ins Gehege. Das ist sicher das, wo man sich verbeisst in dem Ganzen. Aber ich würde das definitiv auch unterstützen und mithelfen, dass wir da etwas hinbekommen.

Marcel Müller: Wir hatten das schon einmal eben etwa im 2014. Hanne Rigter war damals nicht im Einwohnerrat und weiss es deshalb nicht. Gescheitert ist es an den miserablen tiefen

Frequenzen. Wir hatten da einen Ortsbus gehabt. Der ist an verschiedenen Orten gefahren. Nicht nur Hertenstein. Hat etwa CHF 70'000.00 gekostet und war ein Pilotversuch. Und gescheitert ist es, wie gesagt, an den tiefen Frequenzen. Jetzt in der Zwischenzeit wurde in Hertenstein nicht wahnsinnig viel gebaut, dass man sich sagen kann, ja jetzt werden die Frequenzen sehr viel höher sein. Abgesehen davon wird jetzt gerade die Kantonsstrasse saniert und wenn ich schaue, was für schöne breite Trottoirs machen, dann kann man sich sogar überlegen, dass ein Schulweg wieder akzeptabel ist. Denn das ist in meinen Augen ganz eine schöne, gut ausgebaute, sichere Strasse mit schönem Trottoir. Also ich plädiere dafür auf das Postulat nicht einzutreten.

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung

Antrag von der Mitte das nicht Überweisung vom Postulat SP-Fraktion betreffend Prüfung einer fahrplanmässigen Hertenstein-Busverbindung.

Der Antrag wird abgelehnt mit 14-Ja zu 19 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung. Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

9 2021/22 Postulat SP-Fraktion betreffend medizinischer Grundversorgung durch Hausärzte/Hausärztinnen in der Gemeinde Obersiggenthal. Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Eintreten nicht bestritten

Walter Vega, Gemeinderat: Der Gemeinderat ist sich in diesem Postulat beschriebenen Situation, im Zusammenhang mit dem Mangel an Hausärzten und Hausärztinnen, schon lange bewusst. Aus diesem Grund ist die medizinische Grundversorgung in der Legislaturziel aufgeführt. Überall dort, wo es eine Möglichkeit gibt, sucht der Gemeinderat nach Lösungen. Auch beim Projekt von der Stiftung Gäsliacker hat der Gemeinderat so gut wie möglich unterstützt. Der Gemeinderat ist bereit das Postulat, im Rahmen von seinen Einflussmöglichkeiten, entgegen zu nehmen.

Friedrich Wollmann: Das Gesundheitswesen liegt mir natürlich sehr am Herzen. Ich habe mein ganzes Berufsleben im Gesundheitswesen verbracht. Das Problem vom Hausarztmangel ist ja nicht nur eines, welches nur in unserer Gemeinde besteht aber es nimmt aber langsam Ausmasse an, wo ich sagen muss, es ist nicht mehr existent. Also ich weiss es auch aus dem Blickwinkel als Mia Chauffeur, in was für einem grossen Umkreis ich, vor allem alte Mitbürgerinnen und Mitbürger chauffiere zu irgendwelchen Ärzten bis nach Neuenhof oder bis nach Würenlingen oder sonst irgendwo hin. Wir brauchen einfach dringend eine hausärztliche Versorgung. Die einzige Ärztin, die wir haben, praktiziert nur 60% und das in einer Blockwohnung, die absolute behindertenuntauglich ist. Ich musste ziemlich Zeit einkalkulieren, damit ein Schwergehinderten zu dieser Praxis zu bringen, weil es einfach nicht erschlossen ist, das kommt dazu. Das ist kein Zustand. Ich weiss, dass diese Ärztin bereits ihre Wohnung am Roten Meer hat und dass sie kurz davor ist ihre Berufslaufbahn zu beenden. Dann stehen wir da mit 0 Hausärztinnen und Hausärzten in der Gemeinde. Und da denke ich, es hat auch ein Hinweis nicht vom Kantone Empfehlungen, dass man frühzeitig als Gemeinde aktiv werden, wenn sich Möglichkeiten ergeben beim Erstellen von Gebäude etc. und dass man mit Bauträgern Kontakt aufnimmt. Also das sind verschiedene Hinweise aus dem Kanton. Dem Kanton ist das durchaus bewusst, dass die Gemeinde durchaus eine Initiative ergreifen wird und ich denke,

so wie im Moment unsere Gemeinde sich entwickelt, dass vielleicht sich doch Möglichkeiten erschliessen und dass man die dann unbedingt mein Schopf packen soll. Es kann sich heutzutage nur noch eine Gruppenpraxis mit Hausärztinnen und Hausärzten bewerben, bzw. eben nicht ein einzelner, sondern für eine Gruppenpraxis, wenn sie quasi eine Infrastruktur vorfinden. Diese Zeiten sind vorbei, dass sich ein Hausarzt zuerst einmal gründlich verschuldet und dann überhaupt anfängt zu arbeiten. Also der Ruf eines Hausarztes hat sich in den letzten Jahren gebessert. Es gibt mehr junge Ärztinnen und Ärzte, die gerne Hausarzt - Medizin machen möchten. Es scheint spannender als eigentlich Spezialistentum aber sie wollen die Infrastruktur. Heutzutage heisst das aber auch, dass sie eingebunden sind, am besten in eine Gemeinschaftspraxis, wo irgendwie eine Unternehmung dahintersteht, welche Ihnen einfach die Administration abnimmt, weil die Administration frisst einfach sinnlos wertvolle Zeit von den Hausärzten weg und dem dann den Patienten eben nicht zu Gute kommt. Das ist der Ausgangspunkt von meinem Postulat gewesen.

Andreas Baumgartner: Das Postulat der SP-Fraktion betreffend medizinischer Grundversorgung durch Hausärzte / Hausärztinnen in der Gemeinde Obersiggenthal soll vom Gemeinderat nicht entgegengenommen werden. Das ausfolgenden Begründung: Wir sind der Meinung, dass sich der Gemeinderat der Problematik sehr wohl bewusst ist um das Thema medizinische Grundversorgung in diesem Gremium auch immer wieder Thema ist. So steht es beispielsweise auch in den Leitsätzen der Legislatur 18 bis 21. Die Gemeinde hat sich beim Projekt von der Stiftung Gäsliacker beim Alterszentrum eine Gemeinschaftspraxis einzurichten im möglichen Rahmen engagiert. Wie wir alle wissen, wurde das Projekt abgebrochen, weil trotz grossen Bemühungen keine jungen Ärztinnen oder Ärzte gefunden wurden. Wenn schon die Stiftung Gäsliacker, deren Kernkompetenz das Thema Gesundheit und Pflege ist es nicht schafft, Ärzte und Ärztinnen für einen sehr guten Standort zu finden – wie soll das denn der Gemeinderat bewerkstelligen? Nichtsdestotrotz: Vielleicht höhlt steter Tropfen auch hier den Stein. Bei sich verändernden Dorf- und Zentrumszonen wie beispielsweise der Zentrumsüberbauung Schild Ost sollte die Option einer Arztpraxis sicher in Erwägung gezogen werden. Wir sind uns sicher, dass sich der Gemeinderat dessen bewusst ist, auch ohne Entgegennahme von diesem Postulat, darum dieser Antrag.

Daniel Jenni: Wir haben einen Antrag auf nicht Entgegennahme vom Postulat von Die Mitte. Wir kommen aber zuerst zu den Einzelvoten.

Markus Renggli: Nur zwei Grundbemerkungen warum wir einen Hausarztmangel haben. Es hat betriebswirtschaftliche Gründe, das heisst, im Kanton Aargau gibt es keine Medikamentenabgabe durch Hausärzte. Das ist eine betriebswirtschaftliche Katastrophe, weil der Zeittarif den wir haben, zum Abrechnen ist dermassen veraltet bezüglich der Kostendeckung, miserabel. Das heisst, in anderen Kantonen, wo Medikamentenabgaben durch Praxen möglich ist, wird der Grossteil von den Personalkosten durch das abgefangen und darum jeden jungen Doktor, der Selbständig werden möchte, der wird das nicht im Kanton Aargau machen, wenn er eine andere Möglichkeit hat. Die grossen Ketten, welche jetzt da entstehen, die subventionieren ihre Praxen quer und versuchen so die Kosten zu optimieren. Ein Modell mit der Einzelpraxis Hausarzt, welcher selbständig wirtschaftet, wird es nicht mehr geben. Wenn die Gemeinde eine Lösung finden möchte, muss sie sicher ein Angebot machen, dass allenfalls eine grösserer Praxiskette, welche seriös ist und nicht die, wo dann der Chef flieht und alles Konkurs gehen lässt. Dass man da allenfalls eine Filiale, sei es Medbase oder so gewinnen können und dann für unsere Gemeinde eine Möglichkeit wäre. Aber eben der Weg Gäsliacker hat keine Zukunft, solange das Volk immer so abstimmt, dass Medikamentenabgabe im Kanton Aargau nur durch die Apotheken erfolgen darf. Denkt an der nächsten Abstimmung daran.

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung

Das Postulat der SP-Fraktion betreffend medizinischer Grundversorgung durch Hausärzte/Hausärztinnen in der Gemeinde Obersiggenthal soll vom Gemeinderat nicht entgegengenommen werden.

Der Antrag wird mit 14 Ja-Stimmen und zu 20 Nein-Stimmen abgelehnt. Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

10 2021/17 Aufgaben und Finanzplan 2022 - 2026

Eintreten nicht bestritten

Linus Egger, Vizeammann: Ich habe die Aufgabe euch den Aufgaben und Finanzplan 2022-2026 näher zu bringen. Als erstens gehe ich in die Prognosen von 2021 ein. Im Sach- und Betriebsaufwand werde wir eine Überschreitung von rund CHF 150'000. Das ist zurückzuführen auf die Dächer - Sanierungen im Kindergarten Kirchdorf, Turnhalle Unterboden und das Jugendhaus. Eine Unsicherheit haben wir da noch, die Restkosten von den Sonderschulen, die kennen wir heute noch nicht. Je nach dem kann das noch einige CHF 10'000 geben. Aber das sehen wir dann, wenn wir die Abrechnung haben. Der Fiskalertrag, das ist erfreulich, dass die Pandemie nicht so durchgeschlagen hat, wie wir gerechnet haben. Ihr seht, dass wir dort den Betrag bedeutend höher setzen konnten in der Prognose und diese zwei Sachen, haben wir gesagt, habt ihr auch in den Aufgaben und Finanzplan drin, wie wir sie verbessert haben. Das heisst, das operative Ergebnis können wir durch die Einwirkungen, die wir haben rund um die Hälfte reduzieren. Von rund CHF 1.1 Mio. auf CHF 580'000, welche ihr auf der untersten Kolonne sieht. Dann zum eigentlichen Finanzplan. Den Steuerfuss haben wir überall gleich gelassen. Da haben wir das letzte Mal an der Fraktionspräsidentensitzung diskutiert und haben das für die erste Rechnung so gelassen. Das operative Ergebnis vom 2022, die CHF -500'000 komme ich beim Budget darauf zurück. Ihr seht, dass wir beim operativen Ergebnis überall bis im 2025/2026 im Minus sind. Warum haben wir das noch nicht ausgeglichen? Wir kennen die Unterhaltskosten von diesem Plan noch nicht, welchen wir erhalten haben. Diesen müssen wir ausarbeiten. Wenn ich die Zahlen noch in diesem Jahr erhalte, werde ich selbstverständlich noch einbauen und abgeben. Dann ist der Gemeinderat dann auf der Seite von der Fiko. Dann müssen wir auch auf der Ertragsseite korrigieren und die operativen Ergebnisse auf 0 bringen. Was wir daraus noch machen müssen, sind die Legislaturziele und auch eine Strategie. Das können alles erst machen, wenn die Zahlen da sind. Ich bin optimistisch, dass ich das noch in meiner Amtsperiode erledigen kann. Dann seht ihr weiter unten die Nettoinvestitionen wo wir doch 2022/2023 relativ hohe Werte haben. Da geht um das Schulhaus und nachher fängt es mit dem Schwimmbad an. Wenn ihr unten die Nettoverschuldung anschaut, pro Einwohner würde das heissen, wenn das alles so eintrifft, wie wir das planen, dann sind das CHF 3'000 Schulden, eine Netto-Schuld pro Einwohner. Die würde dann bis ins 2026 steigen auf CHF 4'500. Ich komme nachher noch darauf zurück im Vergleich zu den letztjährigen Aufgaben und Finanzplan. Ihr seht da die Entwicklung der Nettoschuld pro Einwohner. Hinten haben wir die CHF 4'500 vom 2026. Diejenigen, die sich noch daran erinnern können, letztes Jahr hatte wir da CHF 5'000. Ich habe da die Kurve aufgezeichnet, wie es in den nächsten 5 Jahren aussieht. Das blaue ist der Aufgaben und Finanzplan 2021 und das rote sind die jetzigen Aufgaben und Finanzplan. Und ihr seht, dass wir da eine Differenz von rund CHF 7 Mio., wo wir tiefer sind, wie der Plan jetzt dargestellt ist. Ich bin weiter gegangen und wie sieht es aus, wenn ich es 10 Jahre mache. Wenn ich es von 2026 bis 2031 mache, dann sind wir in der Nettoschuld ungefähr gleich hoch, also rund CHF 41 Mio. Und wir haben das letzte Jahr gesagt, dass wir im Jahr 2030 rund CHF 50 Mio. haben. Wir haben eine Verbesserung von der Prognose her, oder auch im Budget 2022, im Vergleich zu der Prognose vom letzten Jahr. Die Ausgangsbasis hat da geholfen. Wir haben da gewisse Investitionen aufschieben können oder haben gewisse Sachen nachher analysiert und angepasst.

Wir kommen zum Selbstfinanzierungsgrad. Wie setzt sich diese überhaupt zusammen? Das ist das operative Ergebnis und die Abschreibungen und noch andere Konti aber die grössten zwei Brocken sind diese zwei. Und ihr seht in der Mitte die roten Balken, das sind grossen Investitionen. Das betrifft das Schulhaus und dann auch das Schwimmbad. Dann komm ich zum Wasserwerk. Dort möchte ich vor allem auf die Gebühren eingehen. Im 2022 haben wir CHF 2 pro Kubikmeter und dann ist da ein Antrag auf Erhöhung um CHF 2.30. Warum müssen die jetzt nach oben? Wir haben grosse Investitionen und ihr seht in der Nettoschuld unten in der letzten Kolonne von CHF 500'000 positiv, auf CHF 2.5 Mio. steigern. Die CHF 2.30 können wir nicht einfach erhöhen. Wir werden das im Laufe von diesem Jahr einem Preisüberwacher abgeben, damit er dies beurteilen kann. Und wenn wir ein OK von ihm haben, dann werden wir es auch dem Einwohnerrat einbringen bei der nächste Budgetdebatte 2023. Bei der Abwasserbeseitigung gehen wir von CHF 2.10 auf CHF 1.80 zurück. Und dies werden wir ebenfalls dem Preisüberwacher vorlegen und wenn man das auf Einwohner umrechnet, beim Wasser CHF 0.30 nach oben und beim Abwasser CHF 0.30 nach unten gehen, dann wird das unter dem Strich mehr oder weniger neutral sein. Und ihr seht bei den Nettoschulden in der letzten Kolonne von CHF 4 Mio. auf CHF 2.5 Mio. also immer noch auf der positiven Seite sind. Bei der Abfallwirtschaft, wenn wir auf die Nettoschuld eingehen möchten, dort haben wir noch CHF 550'000 positiv. Und wir haben das letzte Jahr schon gesagt, wir werden schauen, dass wir die Gebühren anpassen können. Was haben wir gemacht? Wir haben die Grundgebühr, das sehen Sie in der obersten Zeile von CHF 45 auf 40 zurückgenommen. Und das gibt die Veränderung im 2026 von diesem CHF 550'000 bis zu diesen CHF 470'000. Wenn das sich weiter so entwickelt oder weniger nach unten geht, dann sind wir auch gezwungen, die Gebühren auf die Sackgebühren anpassen zu müssen. Wir dürfen nicht über mehrere Jahre einen zu grossen Ertrag haben und auf der Gebührensseite, auch wenn es auf der anderen Seite in Richtung Schulden geht, dürfen wir das nicht ausgleichen mit den Gebühren. Weil da dürfen wir keine Steuergelder rein fliessen lassen. Das wären meine Ausführungen gewesen zum Aufgaben- und Finanzplan.

Christoph Villiger: Ein schwieriges Thema, würde ich sagen. Vieles wurde schon von Linus gesagt. Wir haben es auf den Charts gesehen. Auch wenn die Welt ein bisschen besser aussehen mag, als das letzte Mal, ist sie immer noch tot. Der vorgelegten Aufgaben und Finanzplan für die Einwohnergemeinde bereiten der FDP Fraktion grosse Sorge. Aufgrund von hohen künftigen Investitionen, wir haben es gesehen, unter der bereits verpufften Steuererhöhung. Wir haben da kürzlich 110% beschlossen und umgesetzt im Steuerfuss, werden in den kommenden Jahren stets operative Verluste prognostiziert. Wir haben gesehen über den ganzen Horizont. Und die Verluste, das haben wir auch gesehen, die steigen über die Zeit noch an. In der Konsequenz ist es logisch, dass die Schulden stark ansteigen und die Nettoverschuldung pro Einwohner steigt auf ein Mass von fast CHF 4'500 und damit auf eine unerträgliche Höhe, aus unserer Sicht. Das ist eben auch die Folge von den bereits beschlossenen zu hohen Investitionen. Eine deutliche Verbesserung von der Situation aus eigener Kraft ist aus unserer Sicht im Moment nicht ersichtlich. Sowohl der Gemeinderat, wie auch der Einwohnerrat und damit wir alle in diesem Saal, sind wirklich gefordert, anstehende Investitionen auf der einen Seite ganz klar zu priorisieren und auch, wir haben es vorhin schon diskutiert, Notwendigkeit kritisch zu hinterfragen und gleichzeitig geeignete Ideen und Massnahme zu tragen und umzusetzen damit wir das finanzielle Ziel vom Ausgleich im Haushalt über längere Frist erreichen können. Weil schlussendlich ist das die Basis unserer Amtsperiode.

Daniela Graubner: Die EVP hat den Aufgaben- und Finanzplan 2022-2026 besorgt zur Kenntnis genommen – wie schon seit Jahren. Wir haben mittlerweile grosse Projekte wie der Schulhausneubau und die Sanierung Hallenbad beschlossen, beides gute Projekte für unsere nächsten Generationen. In Planung stehen auch noch x weitere Projekte an, die z.T. bereits verschoben worden sind und demnächst realisiert werden wollen oder neu dazu kommen oder per Dekret mit einem Gemeindebeitrag mitfinanziert werden müssen. Da müssen wir ganz genau hinschauen und entscheiden, was wir uns leisten können und wollen. Was heisst das für unser Gemeindegeld? Das bedeutet, wir generieren einen grossen Schuldenberg. Die Nettoschuld pro Einwohner wird von CHF 2'000 auf das doppelte auf über CHF 4'500 ansteigen. Das ist eigentlich ein normaler Prozess, man macht Schulden, hat einen schönen Gegenwert zum

Nutzen und bezahlt die Schulden nach und nach wieder ab. Nur wir wissen momentan nicht, wie wir die Schulden wieder abbauen werden können. Bei zwei so grossen Projekten, Schulhaus/Hallenbad, müssen wir einen Horizont haben, um die Schulden wieder abzubauen. Dieser Horizont kann auf der Steuerprognose nicht ansatzweise erspäht werden. Die Steuerfusserhöhung von 5% auf 110% ab diesem Jahr bringt uns in den allgemeinen Gemeindesteuern einen Nulleffekt. Die Rechnung 2020 weist einen Steuerertrag von CHF 25.2 Mio. aus, im Budget 2022 rechnen wir mit CHF 25.3 Mio. Ertrag. Das sind nur CHF 100'000 mehr. Dabei werden unsere Steuererträge durch die geplante Steuergesetzrevision und die Reduktion des Gewinnsteuertarifs für juristische Personen beeinflusst. Wir diskutierten letztes Jahr über eine allfällige Zahlung durch den kantonalen Finanzausgleich, heute sind im Budget 2022 zwei Beträge zu finden. Obersiggenthal rechnet mit CHF 113'000 durch den kantonalen Finanzausgleich sowie CHF 200'000 im Rahmen der neuen Aufgabenteilung zwischen dem Kanton und den Gemeinden. Somit wird Obersiggenthal neu zur Nehmergemeinde. Die Plan-Erfolgsrechnung zeigt das deutlich auf, wir rechnen ab 2023 nur noch mit tiefroten Minus über je CHF 1 Mio. Defizit. Bei dieser Ausgangslage kann ein Steuerfuss von 110% nicht realistisch sein bis 2026. Auf den Punkt gebracht kann man sagen: Wir haben viele Investitionen. Die Verschuldung nimmt zu. Der Aufwand kann kaum mehr reduziert werden. Die Steuerkraft bleibt schwach. Es fehlen zahlungskräftige Steuerzahler. Der Steuerfuss von 110% ist auf die Dauer nicht realistisch. Uns fehlt der Horizont, wie wir Schulden wieder abbauen. Ich hätte gerne einen positiven Punkt genannt, aber mir fiel wirklich keiner ein. Ich beende mit der bekannten Frage: Was möchten wir uns in Obersiggenthal leisten und was sind wir bereit dafür zu bezahlen?

Markus Renggli: Herzlichen Dank an die Verwaltung für die Nachführung von all diesen Unterlagen. Da steckt eine grosse Arbeit dahinter. Linus Egger hat auch versprochen, bis zu seinem letzten Tag noch mit vollem Elan weiter so zu machen und uns mit aktuellen Zahlen zu beliefern. Darum sind auch die Minuszahlen, welche auf den Grafiken erscheinen auch noch nicht das letzte Wort und auch nicht das letzte Detail. Aber das hat er ja auch schon angekündigt. Jetzt zum Finanzplan. Zwar steigen die Schulden gegenüber im Vorjahr prognostizierten deutlichen Widerstand gehabt. Aber Nettoschulden von über CHF 40 Mio. Ende 2026 sind sehr erheblich. Und der Punkt, da bin ich mit den Vorrednern einig, in Zukunft muss bei jeder Investition gedeckt werden. So viele Schulden sind einfach zu viel. Und auch wir haben aber die Hoffnung, dass schlussendlich wie zu einer Covid-Welle möglicherweise zu einer nicht so starken Welle kommen wird, wie prognostiziert ist. Ganz am Schluss geht die Welle wieder nach unten in dieser Grafik. Wäre wirklich zu hoffen, dass es so herauskommt. Dafür sollte es auf der Ertragsseite eine deutliche Verbesserung geben, sprich bei den Steuereinnahmen. Und auch dann sollte das operative Ergebnis wieder positiv werden. Das ist aber stark abhängig von der Lasche, welche vom Kanton den Gemeinden zugewiesen werden und die wir leider sehr wenig beeinflussen können. Zu den einzelnen Investitionen möchte ich nicht Stellung beziehen aber wir appellieren auch da, dass die Aufwände absolut reduziert werden und die Kosten im Auge behalten werden. Noch was zum Eigenwirtschaftsbetrieb. Die geplante Reduktion der Abfallgrundgebühr ist die Mitte - Fraktion einverstanden.

Marcel Müller: Eigentlich wollte ich das, was ich jetzt sage, zum Budget sagen aber ich glaube es passt auch zum Finanz- und Aufgabenplan. Wir sagen es hier nochmals klar und deutlich. Obersiggenthal hat eine zu teure Infrastruktur und inzwischen wenig zu gute Steuerzahler. Bis ins Jahr 2026 sind alle Jahre mit Minus budgetiert. Im Jahr 2026 werden wir massive CHF 40 Mio. Schulden haben oder CHF 4'500 pro Einwohner. Ich wette mit jedem hier im Saal, dass der Steuerfuss 2026 nicht bei 110% und auch nicht tiefer stehen wird. Der Steuerfuss müsste eher bei 115-120% stehen. Da schliessen wir uns voll und ganz der EVP-Fraktion an. Selbstverständlich gehören in Zukunft stark steigende Abschreibungskosten zu dem Gerüst, welche wir beeinflussen können. Die Kosten haben wir im vorher beeinflusst in dem wir riesige Investition getätigt haben und die Abschreibungen sind nur die Folgen davon. Die werden massiv steigen, die Abschreibungskosten. Das ist klar. Und man kann dann auch nicht schreiben sie sind nicht beeinflussbar. Wir haben sie im Rat beeinflusst. Wir hatten es in der Hand gehabt, das zu ändern, haben wir aber nicht. Es ist wie es ist. Dass sich die finanzielle Situation in Obersiggenthal verschlechtert hat, zeigt auch das, dass die Faktoren, die angewendet werden für den Finanzausgleich, sich verändert haben. Obersiggenthal wurde inzwischen zur Nehmergemeinde von einer Gebergemeinde. Das entlastet die Gemeinde um CHF 390'000

pro Jahr. Die Steuergesetzrevision kostet CHF 220'000. Das heisst die Gemeinde hätte theoretisch immer noch +/- CHF 170'000 in dem wir von der Nehmergemeinde zur Gebergemeinde wurden. Wir sollten uns einfach bewusst sein, hohe Schulden bedeuten in der Zukunft noch höhere Steuersätze und eine Bevormundung durch den Kanton. Da kommt was noch nicht ganz ausgeschlossen ist, wenn die Steuern zu hoch sind. Siehe Neuenhof oder Fusion Turgi-Baden. Der Steuerfuss ist so hoch, dass wir mit der Fusion mit Baden nur aus finanziellen Gründen es zu tun bekommen. Obersiggenthal verliert immer mehr seine Handlungsfreiheit, weil er mit Schulden überbordet hat. Und hohe Schulden kosten Freiheit. Ich habe in meinem Leben viele Leute gesehen, die stark verschuldet waren. Ich habe viele Firmen gesehen, die stark verschuldet waren. Und alle kamen in eine Zwangsjacke hinein. Auch die Gemeinde kommt in eine Zwangsjacke hinein. Es ist nur eine Zeitfrage. Wenn jetzt noch die Zinsen steigen, dann wird die Gemeinde in grosse Probleme kommen. Darum ist hier drin eine grosse Verantwortung von allen. Aber alle anderen schreiben, sie wollen die Finanzen ganz vorne und ich glaube insbesondere die CVP-Fraktion. Die grösste Fraktion. Das ist nicht die SVP-Fraktion, das ist nicht SP-Fraktion, das ist die CVP-Fraktion. Geht nochmals über die Bücher, sagt bitte nicht zu allem ja. Ihr habt einen riesen Wunschkatalog. Aber überlegt euch, wie ihr das finanzieren möchtet. Und was mich fasziniert hat, kurzfristig, von einem Jahr auf das andere, CHF 9 Mio. Investitionen einfach zu den Aufgabenplan darin sind. Ich konnte es nicht im Detail nachvollziehen. In den Aufgabenplan verschwinden nicht einfach CHF 9 Mio. von einem Jahr 2021 zu 2022. Das müsste man uns erklären, wie so etwas möglich ist. Ich möchte nicht, dass nächstes Jahr, wenn der Peter das macht oder sonst jemand im Gemeinderat die CHF 9 Mio. plötzlich wieder drin sind.

Carol Demarmels: Ja der AFP prognostiziert eine Nettoschul pro Einwohner von CHF 4'500 per 2026 und ja Schuldenprognosen von CHF 40 Millionen verzücken auch uns nicht. Aber dank der aktuell tiefen Zinssätze kosten uns diese Schulden fast gar nichts und sie ermöglichen uns im Gegenzug unsere Gemeinde weiterhin funktionsfähig und attraktiv für die Einwohnerinnen zu halten. Und das ist das was wirklich zählt für die Menschen. Der AFP stellt zudem nur eine Prognose dar. Wie schnell eine Prognose sich ändern kann hat Linus Egger soeben mit seinen Folien eindrücklich aufgezeigt. Und ich habe es nicht so verstanden wie Marcel Müller, die 9 Millionen sind nicht einfach an Investitionen gestrichen worden, sondern nur schon die erhöhte Fiskalertragsprognose von einer halben Million jährlich machen diese über die Zeit hinweg fast aus. In der Prognose enthalten sind zudem immense Investitionen deren Bedarf und Umsetzung noch gar nicht feststehen – so beispielsweise der Erweiterungsbau Schulhaus Guldiland. Oder auch die Videoüberwachung oder das Parkraumkonzept über welches wir gerade heute gesprochen haben. Bettina Lutz Güttler hat von kostenneutral gesprochen, sollten da auch die Abschreibungen gemeint sein: diese sind nämlich auch als Aufwand im AFP. Nicht enthalten hingegen sind antragsfähige Subventionen oder noch nicht gesprochene Gelder wie aus dem Lotteriefond. Was uns zu Gute kommt ist, dass wir eine grosse Gemeinde sind und auch ein grosses Steuersubstrat haben. Das könnte uns in den guten Jahren sehr schnell wieder vorwärtsbringen.

Mit eingerechnet ist im AFP die Auswirkung der drohenden Steuergesetzrevision. Diese wird den neusten Zahlen zu Folge längerfristig wohl mit CHF 500'000 bis CHF 700'000 jährlich zu Buche schlagen und nicht CHF 200'000 wie im Budget – hier dürfen wir uns nicht in die Irre führen lassen durch das Zückerli des Kantons, dass sie in den ersten Jahren die Ausfälle teilweise durch Kantonsgelder kompensiert wird. Bei solch immensen durch bürgerliche Parteien verfolgte Mindereinnahmen auf Gemeindeebene können wir uns noch lange über kleine Stellenprozentenerhöhungen oder Schulbusse streiten – diese machen dann nur noch einen berühmten Tropfen auf den heissen Stein aus. Der Kanton streicht uns die Kompensation durch Zuzüge von Grossunternehmen, sogenannte wie sie verspochen werden, sind für Obersiggenthal auch unrealistisch – denn dies beträfe nur Unternehmen mit Gewinnen – nicht Erträgen – von über CHF 250'000. Am Ende wird uns nichts anderes übrigbleiben als die Ausfälle durch eine Erhöhung der Steuern der Bürgerinnen zu kompensieren. Diesbezüglich hätten wir uns im AFP mehr Transparenz gewünscht in der Prognose, da stimme ich Daniele Grauber zu. Eine erneute Steuerfusserhöhung und ein Leistungsabbau der Gemeinde wird bei Annahme der Steuergesetzrevision unumgänglich werden. Eine Steuererhöhung für ein Schwimmbad und ein Schulhaus trägt die Bevölkerung mit. Dass haben die Abstimmungen deutlich gezeigt.

Denn die Attraktivität der Gemeinde liegt den Menschen am Herzen. Und dafür nehmen wir auch Schulden in Kauf – nicht aber für Steuererleichterungen für Reiche und gewinnstarke Unternehmen. Markus Renggli sagte vorher wir können die Abgaben an den Kanton nicht beeinflussen. Marcel Müller, du hast vorhin gesagt, wir müssen ein gutes Auge haben. Wir haben nichts von gesunden Finanzen geschrieben, aber jetzt gerade, appelliere ich an die andere Seite: Hier haben wir die Möglichkeit die durch den Kanton angestrebten Mindereinnahmen abzulehnen.

Markus Renggli: Ich muss jedes Mal aufstehen und das sagen, wenn ich höre "guter Steuerzahler". Jeder Steuerzahler ist ein guter Steuerzahler. Jeder zahlt die Steuern nach seinen Möglichkeiten. Wir haben das System von der Selbstdenklaration und der Steuerprogression. Deshalb um eines muss ich euch bitten, die Formulierung wir haben keine "guten Steuerzahler" mehr in Obersiggenthal nicht zu brauchen.

Daniel Jenni: Wir müssen über den Aufgaben- und Finanzplan nicht abstimmen. Dieser wird so zur Kenntnis genommen.

11 2021/18 Budget 2022

Linus Egger, Vizeammann: Marcel, ich kann dich beruhigen. Ich habe keine CHF 9 Mio. genommen und zuhause in die Schublade gelegt, dass sie mein Nachfolger wieder einbringen kann. Ich werde auch versuchen in den Zahlen ein wenig tiefer zu gehen, dass man das auch versteht. Ich möchte euch bitten, wir haben an der Fraktionspräsidentensitzung gesagt und auch in der Fiko, Stellungnahme abgegeben zur neuen Darstellung vom Budget. Das ist ein grosser Aufwand dahinter. Und wir wären froh, wenn wir eine Fraktionsrückmeldung erhalten, was wir noch verbessern können. Für die Rückmeldungen danke ich euch schon im Voraus. Ich komme zu der Entwicklung Nettoergebnis, Steuergelder wo sie hingehen. Steuergesetzrevision, Stellensuchende, und dann Erfolgsrechnung und Ergebnisse Spezialfinanzierungen. Die Ausgangslage, die wir haben gesagt, Salärangepassung 0.2%, strukturell 0.4%. Wir haben eine Vorgabe gemacht im Sach- und Betriebsaufwand und das Ziel vom Gemeinderat ist immer gewesen, ein operatives Ergebnis 0. Ich kann euch sagen, wir sind gestartet bei CHF -1.7 Mio. Wir sind jetzt bei CHF 509'000. Ich werde das nachher weiter erläutern. Die nicht beeinflussbaren Kosten: Wir haben Lehrerbesoldung. Die können wir nicht beeinflussen die CHF 260'000. Die Pflegefinanzierung ist rund CHF 157'000 mehr. Ich kann euch versichern, wir haben die CHF 50'000 weniger budgetiert, dann hat der Regierungsrat den Tarif geändert. Rund 5% nach oben für die Stationäre. Dann haben wir CHF 50'000 einberechnet. Das wird zwischen CHF 50'000-80'000 je nach dem pro Fälle, die wir haben. Können wir nichts machen. Die Steuergesetzrevision von diesem Jahr CHF 220'000, das ist eine Angabe auch vom Kanton gewesen. Ganz genau sind CHF 0.87, die wir erhalten haben. Und Abschreibungen sehen Sie CHF 127'000 mehr. Das ist von den Investitionen von uns. Finanzausgleich ist Differenz CHF 260'000. Wir haben CHF 146'000 bezahlt und bekommen CHF 113'000. Das gibt dann ein Total von CHF 507'000 und wenn wir das anschauen, heisst das, dass die Hälfte von den Steuerfusserhöhung mit diesen Positionen weg ist. Und die Resten, die wir gehabt haben, rund 2.5%. Da möchte ich noch auf zwei Sachen eingehen. Entwicklung von dem Nettoergebnis. Das ist seit dem 2014. Das ist die Umstellung von HRM1 auf HRM 2 gewesen. Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit, das sind die 3 Treiber, die wir haben. Und wenn wir da anschauen, dann ist Bildung einfach am grössten. Das kennen wir vom letzten Jahr. Das hat mit einem grösseren Betrag durchgeschlagen. Die anderen Positionen sind marginal. Und die Bildung haben wir hier in Obersiggenthal immer Geld gesprochen. Das ist auch unsere Zukunft. Das ist aus dem Aargauer Tagblatt. Da seht ihr CHF 560'000 bis im 2025 sagen sie, ist das für unsere Gemeinde. Und das habe ich immer gesagt, den Betrag können wir nicht einfach einsparen und auffangen. Grössere Investition in Obersiggenthal werden wir durch Anpassungen vom Steuerfuss nicht realisieren. Ich habe bei den Stellensuchenden vom RAV Stand August bekommen. Erfreulich ist, dass sie wieder ein wenig gesunken sind. Wir sind rund bei 260 jetzt. Aber wenn wir

es vergleichen mit 2017, als wir da um 200 waren, ist doch ein grösserer Brocken, wo vielleicht auch unser Sozialdienst kommen könnte.

Dann komme ich zum Ergebnis, die CHF 508'000 habe ich bereits erwähnt. Dann haben wir Ergebnis aus der Investitionsrechnung heraus. Die Selbstfinanzierung gibt ein Finanzierungsergebnis von minus CHF 5.8 Mio. Was in diesen Zahlen nicht enthalten ist, das sind Mehrwertabgaben von CHF 2.3 Mio. Wir wissen noch nicht, ob es dieses Jahr kommt oder das nächste Jahr. Sicher ist, dass in diesen zwei Jahren die CHF 2.3 Mio. noch kommen. Und das wird das Nettoergebnis dann positiv beeinflussen. Dann die Selbstfinanzierungen. Im operativen Ergebnis von Wasser haben wir rund plus CHF 300'000, im Abwasser minus CHF 11'000 und im Abfall minus CHF 32'000. Investitionsrechnung gesamt minus CHF 447'000. Das gibt ein Finanzierungsergebnis von gesamt CHF 342'000. Die Gebühren habe ich schon erwähnt, dass wir die Gebühr beim Abfall von CHF 45 auf CHF 40 reduziert haben. Das wären meine Ausführungen zum Budget gewesen.

Ursula Haag: Ihr habt ein Fiko-Bericht 2022 zum Budget bekommen. Die Vorlage zum Budget 2022, welche die Einwohnerräte erhalten haben, ist sehr ausführlich und übersichtlich gestaltet. Leider hat die Fiko bei der Prüfung vom Budget das nicht zur Verfügung gehabt. Was eine fundierte Prüfung sehr erschwert hat. Auch die kurze Zeit, welche die Fiko zur Prüfung zur Verfügung steht, macht die Aufgabe auch nicht leichter. Dass das Budget mit einem operativen Ergebnis von minus CHF 508'000 aus. Die Fiko hat bei der ersten Sitzung darüber diskutiert, das vorliegende Budget zurück zu weisen. Die Mehrheit von der Kommission hat aber die Rückweisung abgelehnt. Wir haben die Anstrengung von der Verwaltung und dem Gemeinderat erkannt. Leider ist das mit dem Budget wieder nicht zu Stande gekommen. Aus Sicht der Fiko hat es noch einige Positionen, welche man auch nach der gemeinsamen Sitzung mit dem Gemeinderat kontrovers beurteilen. Darum werden wir auch einige Anträge an den Einwohnerrat stellen, die sind in unserem Bericht ersichtlich gewesen. Wir werden Sie dann bei der entsprechenden Budgetposition von der Fiko näher begründen. Wir bitten Sie unserer Begründung zum Antrag wohlwollend zu prüfen und unseren Anträgen zuzustimmen. Ich habe nochmals betont, dass auch in diesem Budget keine konkreten Überlegungen gemacht wurden, zu der Reduktion vom Leistungsabbau der Gemeinde. Wir leisten uns immer noch alles Bestehende. Die Frage ist doch, was sind die wirklichen Aufgaben von der Gemeinde. Weiter ist immer noch eine hohe Belastung unserer Tagesstruktur unserer Gemeinde. Das hat sich wieder in den Kosten von der Spitex niedergeschlagen. Mehr denn je, ist die finanzielle Lage unserer Gemeinde immer noch angeschlagen oder wir haben wirklich noch nicht begriffen und geben das Geld immer noch mit vollen Händen aus. Erst recht wäre jetzt angebracht, Prioritäten zu setzen und das Notwendige vom Wünschbaren zu unterscheiden. Das ist mein letztes Votum als Fiko Präsidentin. Die vier Jahre waren sehr intensiv, z.T. eine grosse Zeitbelastung für alle Mitglieder während den Prüfungen gewesen. Ich hoffe für die Zukunft, dass aufgrund von der Einführung alle Unterlagen online zur Verfügung stellen, die Prüfungszeit für die Fiko so ein wenig verlängert werden kann. Ich möchte mich bei den Mitgliedern für die gute Zusammenarbeit bedanken und der Verwaltung und dem Gemeinderat für die Anerkennung unserer Arbeit.

Urs Müller: Die Aussichten sind ein bisschen weniger düsterer als vor einem Jahr prognostiziert, Corona bedingt. Allerdings haben wir das operative Ergebnis von minus CHF 500'000. Ich werde hier ein wenig auf die Fiko eingehen. Wir sind nicht in der Fiko vertreten. Die Fiko sagt, wir müssten das Budget zurückweisen. Auf der anderen Seite sei es sparsam und vorsichtig budgetiert worden. Konsequenterweise müsste eigentlich die Fiko einen Antrag stellen auf Steuererhöhung, wenn ich das richtig interpretiere. Sie beantragt stattdessen Streichungen, welche nicht mit dem Gemeinderat abgestimmt worden sind. Ich weiss nicht, ob das die Aufgabe der Fiko ist. Die Hauptaufgabe ist doch die Prüfung der Rechnung. So habe ich das jeweils verstanden, als ich noch bei der Fiko war. Einverstanden bin ich mit den drei Ansätzen, wie die Situation verbessert werden kann. Weniger Investitionen, Steuererhöhungen und Abbau von Leistungen. Eine vierte Option müsste es aber schon noch haben. Nämlich engere Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden, erschaffen von Synergien, Feuerwehr als Stichwort. Wir haben mehr als CHF 1 Mio. Investitionen geplant in diesem Bereich. Noch eine Bemerkung zum Finanz- und Lastenausgleich. Es wird hier überhaupt gesagt, wir haben ein

Standwert, dass wird das Geld bekommen. Wir haben in den letzten 10 Jahre rund CHF 7 Mio. nach Aarau geschickt. Hätten wir früher eine Steuererhöhung gemacht, würden wir hier besser stehen. Wir gehören nicht zu einer Minderheit, sondern zur Mehrheit der Aargauer Gemeinden bekommen etwas. Wir können das sicher auch entgegennehmen.

Marcel Müller: Die SVP-Fraktion bedankt sich einmal mehr bei allen Verwaltungsabteilungen und dem Gemeinderat für die Zusammenstellung des Budgets für das Jahr 2022. Ebenso bedanken wir uns bei der Fiko unter der Leitung von Uschi Haag für die aufwändigen Arbeiten und für den kritischen Fiko Blick. Diesmal war es einfach beim Budgetvotum zu schreiben. Machte mehr oder weniger Copypaste. Ich habe kopiert, was wir in den letzten Jahren gesagt haben. An den Aussagen haben sich nichts geändert. Der einzige Unterschied ist, heute und jetzt, wir stehen drei Steuererhöhungen später. Also wir hatten in den letzten paar Jahren 3 Steuererhöhungen von 98 % auf heute 110 %. Wir haben nicht nichts gemacht auf der Steuerseite. Nur sind wir im Minus. Jede Steuererhöhung, wir sind immer im Minus. Das Budget 2022 ist unbefriedigend minus CHF 505'000. Und das erklärte Ziel des Gemeinderates, dass er immer und immer wieder formuliert hat, eine ausgeglichene Rechnung. Dieses Ziel wurde eigentlich nie erreicht. Die immer höhere Steuerbelastung der Bürgerinnen und Bürger, hat nicht zu den Resultaten geführt, die man sich immer und immer wieder erhofft hat. Es ist ja nicht so, dass andere Gemeinden im gleichen Boot sitzen, wie wir. Wenn man sich ein bisschen herumschaut im Bezirk Baden, da gibt es Gemeinden, die haben positive Rechnungen, die haben ein positives Budget. Warum wohl schafft es Obersiggenthal nicht? Und die Antwort ist, wir haben eine zu teure Infrastruktur. Denn wir sind ja nur 8'500 Leute oder 8'600. Wir sind auch keine grosse Gemeinde. Bei den Steuereinnahmen gibt es unter dem Strich nicht wirklich ein Wachstum. Das mit den guten Steuerzahlern lasse ich jetzt weg. Wir haben aber eine Kindertagesstätte Goldiland, Wir haben Hallen- und Gartenbad. Wir haben eine top Infrastruktur und trotzdem kommen sie nicht. Diese Steuerzahler, ob CHF 500 oder CHF 100'000 im Jahr. Sie kommen einfach nicht. Bei diesem hohen Steuersatz werden sie auch nicht kommen. Die SVP-Fraktion lehnt dieses Budget Einstimmig ab. Die Fiko möchte ablehnen, traut sich aber irgendwie nicht. Und da kam es mit dem Urs Müller. Vielleicht ist es wichtig, ehrlich zu sagen, wir müssen nochmals erhöhen um 5%. Vielleicht kommen wir dann zu einem ausgeglichenen Budget. Aber irgendwie vor den Wahlen hat man nicht so den Mut wieder 5%, schwierig. Aber die Steuererhöhung wird sicherlich kommen oder die Anträge dazu. Ob das Volk dann mitmacht, werden wir sehen. Wir lehnen das ab, Einstimmig. Mehr kann man da nichts dazu sagen.

Mia Jenni: Vielen Dank für all die Arbeit des Budgets. Wir haben die entsprechenden Markierungen sehr geschätzt. Dennoch ist mir alles Klammerbemerkung eine Frage in den Sinn gekommen, ob dass bei einer so grossen Dokumentation nicht möglich ist, trotzdem analog den Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten zu verschicken. Online kann es doch sehr unübersichtlich sein, man kann es auch per E-Mail versenden. Dann zum inhaltlichen. Wir haben das Minus vom operativen Ergebnis sowie die Streichungsanträge von der Fiko besprochen. Jetzt wiederhole auch ich jetzt etwas, was ich letztes Jahr schon gesagt habe und bin überhaupt nicht müde das zuzagen. Dass wir den Gürtel so eng schnallen müssen und jedes Jahr über Kleinigkeiten, wie ein Pausenraum hat wirklich nicht mit der schlechten Haushaltung unserer Gemeinde zu tun und auch nicht wirklich mit einer teuren Infrastruktur. Denn die Gemeinde ist da, um ein gutes Leben für die Bewohner der Gemeinde zu ermöglichen. Viel mehr liegt es an der liberalen Steuerpolitik der Gemeinde. Wir als SP-Fraktion sagen das schon seit Jahren, sind alle gegen eine Steuererleichterung grosser Firmen und reichen Menschen. Darum sind wir überzeugt davon, dass gegen das kommende kantonale Steilsteuergesetz des Kantons, als Referendum ergriffen werden. Denn ein grosser Teil von diesem schlechten Ergebnis, ist selbstverschuldet. Wir sind nicht weiterhin bereit, denn Fussabtreter für die Steuergeschenke zu sein. Wir müssen nicht immer alles akzeptieren und bei uns das meiste streichen. Die SP-Fraktion wird das Budget akzeptieren und die von der Fiko beantragten Streichungen mehrheitlich ablehnen.

Christoph Villiger: Das Budget ist unbefriedigend. Das prognostiziert ein schlechtes Ergebnis. Die Anträge von der Fiko unterstützt die FDP wird dem Budget mit dem negativen Ergebnis

aber zustimmen, weil wir der Überzeugung sind, dass unter der Berücksichtigung der Sparanträge das kurzfristige Kosteneinsparungspotenzial realisiert wird.

Ursula Haag: Ich möchte noch etwas zu Urs Müller sagen. Selbstverständlich müssen wir das Budget prüfen und die Rechnung auch. Und der Vorschlag von der Fusionierung von der Feuerwehr z.B. haben wir an der gemeinsamen Sitzung vorgetragen. Die Fiko hat schon auch Lösungen vorgetragen und weitergegeben, welche jetzt auch beim Gemeinderat deponiert sind.

Linus Egger, Vizeammann: Wir haben in euren Bericht drin Dienstleistung angeboten, welche wir anschauen können. Das ist aber noch in den Aufgaben und Finanzplan gewesen. Der Rat hat das letzte Jahr klar zum Ausdruck gebracht, dass im Aufgaben- und Finanzplan ist, werden sie nicht mehr darüber stimmen oder diskutieren. Die Aufgabe an den Gemeinderat ist, die Aufgaben und Finanzplan so darzustellen, wenn er das und das macht, dann sieht es so und so aus. Das haben wir versucht, so darzustellen bis auf den Teil, den ich gesagt habe, welcher noch nicht darin enthalten ist. Das gilt auch im Einwohnerrat, kann der Antrag stellen für gewisse Dienstleistungen abzubauen. Es liegt nicht nur am Gemeinderat. Aber ich habe langsam den Eindruck man schiebt die Verantwortung einfach gewissen Fünfen rüber. Und das kann es nicht sein.

Daniela Graubner: Ich möchte etwas zur Darstellung sagen. Vielen Dank für die Erstellung der Budgetunterlagen. Wir schätzen das sehr. Die Darstellung ist logisch im Ablauf. Optisch sehr ansprechend und übersichtlich. Praktisch sind die Kommentare direkt auf die Funktionen innerhalb der Erfolgsrechnung. Das ist super. Vorher mussten wir immer suchen. Die Pfeile sind für mich unlogisch, ich bin nicht drausgekommen. Ein roter Pfeil nach unten bedeutet für mich, es ist schlechter. Ein Pfeil nach oben, das Ergebnis ist besser. Es heisst aber Abweichung grösser, sprich + oder -. Ich bin am Anfang nicht drausgekommen. Aber sonst danke vielmal.

Carol Demarmels: Ich möchte ganz kurz ansetzen, was der Linus Egger gesagt hat. Ich bin eigentlich auch ziemlich irritiert gewesen, dass man im Vorhinein sagt, wir lehnen das Budget ab ohne Anträge zu stellen. Also für mich persönlich wäre das logische Vorgehen, dass man eine Idee hat, was man gerne anders möchte im Budget und die Anträge stellt. Und wenn da retour kommt, erst dann eine Ablehnung. Offenbar ist das letzte Jahr schon gleichgelaufen. Ich habe aber auch das Gefühl, das ist nicht ein Vorgehen, das uns weiterbringt.

Ursula Haag: Der Antrag von der Fiko beim Konto 0290.3144.00 Unterhalt Hochbauten, die Anträge der Fiko, der Streichung CHF 20'000 Pausenraum im Gemeindehaus, Durchbruch nach Aussen und Aussensitzplatz. Bei der Besprechung mit der Abteilung Bau und Planung wurde der Fiko mitgeteilt, dass dieser Betrag noch in Abklärung sei. Es seien noch keine Offerten eingeholt worden. Wir beantragen aus diesem Grund dieses Projekt noch zurückzustellen und genauere Abklärungen dazu zu machen.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Der Gemeinderat hält an der Budget Position fest. Am Ende vom letzten Jahr, hat die Gemeinde eine Mitarbeiterbefragung vorgenommen. Eine Arbeitsgruppe hat sich dann mit den Ergebnissen von dieser Mitarbeiterumfrage befasst und versucht jetzt zusammen mit dem Gemeinderat und der Geschäftsleitung und dem Kader eine Aufbrauchstimmung anzustossen und mit positiven Impulsen zu unterstützen. Allen, auch unserem Personal, ist bewusst, dass die finanzielle Lage von der Gemeinde schwierig ist. Das Personal schaut auch auf die Kosten und versucht stetig diese zu optimieren. Es ist aber auch demotivierend zu hören für das Personal, dass alle Initiativen aus finanziellen Gründen nicht möglich sind. Aus diesem Grund hat die Arbeitsgruppe sich zum Ziel gesetzt, einfache Massnahmen zu initiieren, welche möglichst wenig kosten und einfach umzusetzen sind. Ein wichtiger Punkt, auch aus der Mitarbeiterumfrage, ist gewesen, dass unter den verschiedenen Abteilungen zu wenig Austausch stattfindet und dass man sich zu wenig kennt. Und dass man sich zu wenig mit der Verwaltung von der Gemeinde identifiziert und damit auch mit der Gemeinde selber. Neben anderen wenig kostenden Massnahmen, welche wir selber finanzieren, ist auch ein Vorschlag gewesen die Vergrösserung von diesem Pausenbereich mit Aussenplatz. In diesem Betrag enthalten sind, Materialkosten und Kosten für einzelne spezielle

Handwerker und Elektriker oder eben Sanitär zum Umhängen von den Heizungsrohren. Bauarbeiten selber werden vom Baudienst vorgenommen. Selbstverständlich ist das nicht ganz gratis, es geht auf die Arbeitszeit. Dazu muss man wissen, dass aktuell das der Pausenraum ungefähr 16 Quadratmeter gross ist. Neben einer Küchenzeile, wo bereits einige Jahre schon auf dem Buckel hat, steht ein Tisch, wo 6 Personen Platz haben. Eine Innenvergrösserung steht nicht zur Diskussion. Dafür müssten neue Leitungen gezogen werden. Es müsste eine Wand eingerissen werden, neue Wände errichtet werden etc. Das Personal möchte einen Aussensitzplatz abgewendet vom öffentlichen Eingangsbereich. Es macht keinen so guten Eindruck, wenn die Leute ihren Pausenkaffee vor dem Eingang trinken. Neben dem Pausenplatz muss ich noch weitere Anträge an den Gemeinderat gebracht worden sind. Beispielsweise einer besseren Beleuchtung. Der Gemeinderat hat sich aber für die Budgetierung auf diesen Posten beschränkt. Es wäre schön, wenn der Einwohnerrat Bestrebungen vom Gemeinderat und von der Verwaltung zur Verstärkung von der positiven Grundstimmung unterstützen können. Und den Gemeindeangestellten nicht ihre Sparziele, sondern wenigstens ein gewisses Zeichen von der Anerkennung in Form von so einem aussen Pausenraum gönnt. Wir haben nämlich eine gut arbeitende Verwaltung.

Volkmar Hauessen: Als wir, die Mitte Fraktion, den Punkt diskutiert haben, hat eine starke Meinungsveränderung stattgefunden. Wir dachten, es ist vielleicht nice to have und Luxus. Dann haben wir gelernt, dass die Räumlichkeiten wirklich eng sind. Wir haben gelernt, dass das ein Punkt aus der Mitarbeiterumfrage war. Und wir haben sogar gelernt, dass die Mitarbeiter bereit sind, Eigenleistung zu erbringen, der Baudienst mit in Aktion. Das hat uns dazu gewogen, den Wunsch doch ernster zu nehmen. Und uns mehrheitlich dafür entschieden, dem Antrag der Fiko nicht zu zustimmen. Heute haben wir gehört, die Situation der Bau und Planung. Meine persönliche Meinung, wenn ich die Rechenschaftsberichte durchgehe mit der Fluktuation über die Jahre, die wir haben, was ich für persönlich sehr hoch halte bei uns in der Gemeinde. Da gibt es in der Personalsituation einiges zu verbessern. Wenn der schon aus dem Personal direkt kommt, hat wie gesagt, uns dazu gewogen den Antrag nicht anzunehmen.

Abstimmung

**Antrag Fiko Konto 0290.3144.00 Unterhalt Hochbauten
Streichung CHF 20'000 Pausenraum im Gemeindehaus Durchbruch nach Aussen + Aussensitzplatz**

Der Antrag von der Fiko wird mit 11 Ja-Stimmen zu 20 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Marcel Müller: Wir reden vom gleichen Konto Unterhalt Hochbauten. Ich zitiere aus dem Baubudget. Die Erläuterungen, die ihr gehabt habt, haben wir zum Zeitpunkt der Fikobericht geschrieben haben und die Anträge formuliert haben, nicht in diesem Sinn gehabt, wie ihr es jetzt vorgelegt habt. Bei uns hat da geheissen, "Einwohnerdienst Schalter, Glasersatz aus Sicherheitsgründen". Der beantragte Kredit über CHF 17'500 für den Glasersatz aus Sicherheitsgründen beim Schalter des Einwohnerdienstes ist zu streichen. Bei der Beurteilung dieser Position durch die Fiko wurde auf die Offerte der Glasmanufaktur Baden vom 18.03.2021 verwiesen. Wir sind der Ansicht, dass dieser Betrag viel zu hoch ist und lehnen darum diesen Kredit ab.

Peter Stucki, Gemeinderat: Es geht hier darum nicht um eine Glasscheibe, sondern um eine Glaskabine. Diejenigen, die schon im Gemeindehaus waren, beim Schalter, wo der Einwohnerdienst ist und wenn in die Gemeinde kommt ist rechts der Schalter vom Sozialdienst. Es ist so, dass die mit ganz persönlichen Angaben zu den Personen in der Verwaltung hineinrufen. Jede Person, die anwesend ist, darf mithören. Das ist nicht mehr zeitgemäss. Das ist auch nicht mehr Datenschutzkonform. Und wir möchten dort Glaskabinen installieren, so dass die aussenstehenden Leute nicht mehr mithören können und für das ist der Preis sicher nicht zu

hoch. Also ich bitte Sie, den Antrag von der Fiko abzulehnen und ich möchte mich bei der Fiko entschuldigen, wenn das falsch überkam. Es ist nicht die Glasscheibe, die man ersetzt, sondern es soll dafür gesorgt werden, dass Diskretion bewahrt werden kann.

Christian Buser: Die Mitte Fraktion ist in der Fraktionssitzung über den Sachverhalt aufgeklärt worden. Wir haben es auch diskutiert. Diskretion das hat einen gewissen Wert. Insbesondere auch wenn man beim Sozialdienst vorsprechen muss. Ich stelle mir das nicht so angenehm vor. Den Leuten die Chance zu geben, dass das diskret ist, hat mit Anstand zu tun. Von dem her wir die Fraktion in der Mehrheit den Antrag nicht unterstützen.

Abstimmung

**Antrag Fiko: Konto 0290.3144.00 Unterhalt Hochbauten, Einwohnerdienst Schalter, Glasersatz aus Sicherheitsgründen, bzw. Glaskabine
Der beantragte Kredit über CHF 17'500 für den Glasersatz aus Sicherheitsgründen beim Schalter des Einwohnerdienstes ist zu streichen.**

Der Antrag wird mit 22 Nein-Stimmen zu 8 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Sandra Hehli: Wir werden im Konto 2170.3144.00 Schulliegenschaften – Unterhalt Hochbauten. Wir würden gerne das Konto um CHF 11'000 reduzieren. Die Reparatur der Verbundsteinmauer, Parkplatzseitig beim Schulhaus OSOS sind zu streichen. Zwar ist da die Fiko der Ansicht, dass diese Reparatur nicht Priorität A hat und nicht so dramatisch aussieht. Die Abteilung Bau und Planung hat diesen Posten im Baubudget auch als Priorität B gekennzeichnet.

Peter Stucki, Gemeinderat: Es handelt sich beim OSOS um die uralten Steinmauer, beim Pausenspielfeld, sie ist defekt und muss geflickt werden.

Robert Wyss: Wir haben eine Führung gehabt, dann sind wir das anschauen gegangen. Es ist, wenn man vor dem Schulhaus die Wand von dieser Mauer anschaut, sieht man überall, dass es Risse hat zwischen den Verbundsteinen und dem tragenden Betonelement. Und man kann da den Finger reinlegen. Und es ist schon gefährlich und das heisst, die Platten halten nicht mehr, also die tragenden Elemente. Sie haben Luft. Von aussen sieht es eigentlich nicht schlecht aus aber wenn man genau hinseht, das sieht man, dass die Steine herausfallen. Beim südlichen Teil sind schon diverse Flickstellen, wo Steine mit Zement ersetzt worden sind. Zudem denke ich es ist früher oder später eine Vorsondierung, denn die Mauer ist ein Thema, ob sie ganz wekommt oder nur ein Teil davon. Es gibt da noch zusätzlich Container bzw. mega Parkplätze. Ich bitte euch, dass grundsätzlich den Antrag der Fiko abzulehnen, denn zu sagen, es ist nicht klar, was es ist, macht nicht Sinn. Das ist nicht unsere Kompetenz. Und das andere wäre, wenn es um Sanierung geht, sei es ein Bedarf, weil es kaputt ist und es würde die Sicherheit fördern.

Sandra Hehli: Da stellt sich bei mir aber schon die Frage, wenn es jetzt heisst, man soll überlegen zu den Verbundsteinen, eventuell das Ganze wegzunehmen, damit die Bauteile mehr Platz haben oder für Veloständer. Wieso möchte man sie denn reparieren? Und das operative Ergebnis geht uns sehr wohl etwas an hier drin. Darum sitzen wir hier und diskutieren über das Budget.

Robert Wyss: Wie man schon mehrmals gemerkt hat, ist die Formulierung häufig missverständlich. Wenn es nur an der Formulierung liegt, ist es dann schade, dass etwas nicht durchkommt.

Andreas Baumgartner: Ich bin ja relativ häufig beim Schulhaus. Ich habe das noch angeschaut und ich finde von gefährlich kann man da nicht reden. Es hat ein ganz wenig gewackelt. Vor allem auch, da die Schüler über das ganze drüber laufen. Wenn man das ganze wegmachen möchte, zu Gunsten der Veloabstellplätze, wäre das eine andere Frage. Aber so wie die Mauer jetzt ist, finde ich nicht, dass sie dringlich saniert werden muss, wenn dann, sind es nur wenige, einzelne Steine.

Marco Erni: Ich bin auch beim Rundgang dabei gewesen. Ich habe es so verstanden, dass man mit dem Budget das ganze wegnehmen möchte und Platz schaffen möchte. Vielleicht habe ich es falsch verstanden. Mir scheint es nicht ganz klar zu sein, was man mit dem Geld machen möchte. Vielleicht sollte man es das nächste Jahr bringen, wenn es jetzt nicht so klar ist.

Peter Marten: Es steht, dass wir ein Sicherheitsproblem haben. Ich habe es so beim Einwohner-rat erlebt, dass man bei Sicherheitsproblemen keine Streichungen machen. Ich habe auf der anderen Seite jetzt Informationen erhalten von der Fiko, die eigentlich sagen, ja nice to have. Jetzt möchte ich eine klare Aussage vom Gemeinderat. Haben wir ein Sicherheitsproblem ja oder nein? Denn das kann nicht unbeantwortet im Raum stehen.

Peter Stucki, Gemeinderat: Es ist definitiv nicht mehr sicher. Die Frage ist einfach von der Dringlichkeit. Es ist tatsächlich so, dass Kleinigkeiten repariert werden müssen, um die Sicherheit der Mauer zu gewährleisten.

Abstimmung

**Antrag Fiko: Konto 2170.3144.00 Schulliegenschaften – Unterhalt Hochbauten
Das Konto ist um CHF 11'000 zu reduzieren (von alt CHF 343'780 auf CHF 332'780).**

Der Antrag wird mit 25 Ja-Stimmen zu 7 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Daniel Jenni: Wir kommen als nächstes zum Stellenplan. Der Gemeinderat beantragt eine Erhöhung im Stellenplan von 60.05% auf 60.35 Stellenprozent.

Ursula Haag: Die Fiko hat einen Antrag in der Investitionsrechnung. Das kommt ja später. Ich habe gesehen, beim Antrag vom Gemeinderat fehlt die generelle Lohnanpassung. Wo sollen wir den Antrag stellen? Im Prinzip auch jetzt? Die Stellenprocente von der Summe der von der Gemeinde entlohnten Mitarbeiter von Total 60.35 Stellen % sei abzulehnen und auf Total 60.05 festzusetzen. Im Budget 2020 wurde beantragt die bis 31.12.2019 befristete Stelle (+30 Stellenprozent) in der Abteilung Soziales und Beistandschaften in eine unbefristete Stelle umzuwandeln. Diese Erhöhung wurde mit dem Budget 2020 bewilligt. Das jetzt schon wieder einer Erhöhung um 0.3 Stellen notwendig wäre, können wir nicht nachvollziehen. Aus Sicht der Fiko vor dem Hintergrund der angespannten Finanzlage ist diese Erhöhung nicht zu bewilligen.

Walter Vega, Gemeinderat: Wir haben es soeben gehört, die Fiko stellt den Antrag um Stellenprozentenerhöhung um 30% auf der Abteilung Soziales klar abzulehnen. Der Antrag von der Fiko ist nicht, mit dem Gemeinderat besprochen worden. Darum erstaunt mich die Begründung auch nicht, welche gekommen ist. Ich möchte euch eigentlich aufzeigen, wieso es eine Aufstockung benötigt. Seit dem 1. Dezember 2020 ist die Abteilung Soziales nach einer turbulenten und nach langer unstabiler Zeit endlich wieder vollbesetzt. Die Mitarbeitende sind gut geführt, sehr motiviert und haben die Abteilung in den letzten Monaten weiterentwickelt und die Prozesse wurden bereits optimiert. Auch die Anpassung von den Öffnungszeiten unterstützt konzentrierter und effizienter zu arbeiten. Es macht wirklich Freude, ein Team zu erleben, welche laufend nach Verbesserungen sucht und Freude miteinander haben. Es ist wirklich eine sehr gute Teamstimmung. Das war vor zwei Jahren ganz anders und die meisten können sich sicher daran erinnern, was für eine Situation wir in der Abteilung Soziales hatten. Das merkt man auch von ausserhalb. Wir haben von diversen Stellen extern beispielsweise vom Familiengericht Baden aber auch von KESD Baden und auch von der Frauenzentrale, welche für das Inkasso zuständig ist für die Alimenten-Bevorschussung, ein positives Feedback bekommen, dass sich die Zusammenarbeit stark verbessert hat. Und das ist ein Stück weit auch eine Visitenkarte nach Aussen von unserer Gemeinde. Trotzdem hat sich herausgestellt, dass sowohl unsere Sozialmitarbeiterinnen, wie auch Kollegen aus der Administration an ihre

Kapazitätsgrenzen stossen. Ich war auch schon an Abteilungssitzung mit dabei. Habe mit einigen Gespräche geführt mit den Mitarbeitenden. Und sie haben alle das Gleiche gesagt. Sie haben einen super Zusammenhalt im Team aber sie mögen langsam nicht mehr. Sie kommen nicht mehr mit der Arbeit nach. Das ist für mich ein Alarmzeichen, da ich schon 6 Jahren Erfahrungen auf dem Buckel habe. In einem detaillierten Bericht und den regelmässigen Gesprächen mit mir, hat die Leiterin mir aufgezeigt, wieso mit einem bestehenden Pensum in der Abteilung Soziales die Arbeiten nicht optimal und effektiv erledigt werden können. Ich möchte da einfach ein paar wichtige Punkte aus dem Bericht hervorheben. Obwohl ich es vorhin gesagt habe, dass die Optimierung stattgefunden hat und weiterhin erfolgt, werden immer noch diverse Arbeiten, welche eigentlich der Administration zugeteilt sind, durch die Sozialarbeiterinnen geführt. Also wenn ich ein Beispiel bringe, Schaltdienst. Schaltdienst ist ein typisches Beispiel für die Administration. Aber es kommt halt vor, dass jemand krank ist oder Ferien hat und dann muss jemand von der Sozialarbeiterin einspringen. Das ist wieder Zeit, wo fehlt um sich dann um die Klienten zu kümmern. Dann gibt es auch wichtige Gespräche, welche protokolliert werden. Was passiert? Sozialarbeiterin ist alleine in diesem Raum. Muss das Gespräch führen aber auch das Protokoll schreiben. Und die meisten von uns wissen, dass wenn einer das Gespräch führen und leiten muss, dann ist es immer schwierig noch ein Protokoll zu schreiben. Dann ist noch das Thema der immateriellen Hilfe. Von dieser redet man eigentlich immer wenig. Die Hilfe ist dann ja auch wichtig. Das sind so kleine Anfragen von Leuten, die wenig selbständig sind, wie muss ich anrufen etc. Es kann somit eventuell verhindert werden, dass daraus dann ein KESD Fall wird. Wenn dann die Leute, die Rechnung nicht zahlen kann, dann gibt es eine Gefährdungsmeldung und dann landet die Person bei KESD Baden, wo sie dann auch wieder Kosten verursacht. Und ganz wichtig ist es ja, das ist die Grundregel in der Sozialhilfe, das ist die Regel der Subsidiarität. Das heisst, man muss immer schauen, dass man sämtliche Quellen ausschöpft, bevor Sozialhilfe bezahlt wird. Und wenn die Leute keine Zeit dafür haben, dann kann das untergehen. Dann ist man ein bisschen nachlässig und bestellt Ergänzungsleistung oder IV-Rente und dann kommt das zu spät und dann verliert man wieder Geld. Der nächste Punkt ist, dass seit dem Jahr 2021 Sozialdienst im Kanton, Quartalsweise im detaillierten Reporting für die ausländische Sozialhilfebezügler und Bezügerinnen abgegeben wird. Fragt mich nicht, was der Sinn ist von dieser Geschichte. Es ist eine Auflage vom Kanton und es gibt einfach wieder Aufwand. Ganz ein wichtiger Punkt ist die Komplexität. Die nimmt laufend zu. Dass auch die Anforderungen an die Sozialdienst Mitarbeitende erhöht. Früher ist, wie sie es sagen, die Rechnung vom Klientenbudget, das Hauptthema gewesen. Aber mit dieser Komplexität ist es nicht mehr möglich. In den letzten paar wenigen Jahren, hat sich das massiv verändert. Eine Studie von der ZHAW, welche im Sozialdienst in Winterthur geführt worden ist, bewiesen, dass auf die Ablösequote steigt, wenn die Anzahl der Dossier der Sozialmitarbeiterinnen reduziert wird. Und wenn der Fall pro Person der Sozialarbeiterinnen noch effektiver Sozialarbeit leisten und die betroffenen nachhaltig im Erlangen von der Selbständigkeit unterstützen. Die Einstellung von Wettingen und Spreitenbach haben aufgezeigt, dass durch den optimierten Einsatz der Sozialarbeiter, die Sozialhilfekoste beeinflusst werden können. Und das Thema Flüchtling. Wir haben Flüchtlinge mit dem Status B und F. Die werden in den ersten 5, respektive 7 Jahren bei uns jetzt durch Caritas betreut. In diesem Zeitraum, erstatten werden die Kosten zurück vom Kanton. Nach diesem 5-7 Jahren werden die nicht mehr durch Caritas betreut, sondern es geht in die Verantwortung über zu unserem Sozialdienst. Im Jahr 2022 reden wir von knapp 15 Flüchtlinge, welche jetzt eben, die von Caritas zu unserem Sozialdienst wechseln werden. Das sind dann zusätzliche Dossiers. Wir haben übrigens an der Schule 2021, 16 Dossiers von diesen Flüchtlingen, die gewechselt haben bereits schon in diesem Jahr. Gemäss SKOSS, das ist die Schweizerische Konferenz Sozialhilfe, ist es rechtlich, damit zu rechnen, dass durch die Covid-Pandemie Sozialhilfefälle über 21% steigen. Das würde jetzt im Fall von Obersiggenthal einer Zulage von über 30 Dossiers entsprechen. Bereits heute ist eine Zunahme von der Langzeitarbeitslose zu erkennen. Im Moment ist das noch nicht passiert. Das ist nicht so, dass die jetzt massiv angestiegen sind, die Fälle. Sollte dies aber passieren, das ist ja das, was SKOSS sagt bei 30% explodiert. Was passiert, wenn diese 30% abgelehnt werden? Wie ich es am Anfang schon gesagt habe, haben wir jetzt ein Abteilung Soziales, wo die Mitarbeitende motiviert und sehr engagiert sind. Die Führung funktioniert ausgezeichnet. Bei einer Ablehnung ist die Gefahr da, dass die Arbeiten wieder nicht gemäss Anordnung erledigt werden und dass führt zwanglos zur Unzufriedenheit im Team. Das ist übrigens auch in dieser Studie bewiesen

worden. Wenn die Leute ihren Job nicht richtig machen können, dann sind sie unzufrieden. Und dann entsteht der Teufelskreis, wo wir ein paar Jahre gehabt haben in der Abteilung Soziales. Aus diesem Grund empfiehlt der Gemeinderat, den Entscheid der Fiko abzulehnen.

Jacqueline Magni: Ich weiss, wir müssen sparen. Und trotzdem, ich habe lange im Schulheim gearbeitet. Ich war Leiterin von einer Wohngruppe von vielen Jugendlichen. Ich weiss den grössten Teil unserer Zeit haben wir beim Erfassen von Gesprächen geführt. Wir mussten alles protokollieren. Auch wenn wir ein Elterngespräch machten, mussten wir dies protokollieren. Wenn Kindesgefährdung im Raum war, mussten wir sogar Wortprotokoll schreiben. Und ich habe mehr Zeit damit verbracht, das im System einzutragen, alles auf Papier zu bringen, wegen den externen Stellen mussten wir Rechenschaft abgeben, als das ich schlussendlich mit den Kindern Zeit verbringen konnte. Darum kann ich das Anliegen nur unterstützen und wirklich ermutigen, dem zu zustimmen. Wie der Walter schon erwähnt hat, es ist eine riesen Arbeit und es ist grosser Druck. Und wenn wir dauernd am Anschlag ist mit allen Aufgaben, ist es nicht lustig. Danke.

Andreas Baumgartner: Die Finanzkommission beantragt die budgetierte Stellenerhöhung von 0.3 Stellen in der Abteilung Soziales aus dem Stellenplan zu streichen. Die Mitte-Fraktion teilt diese Ansicht nicht. Wir sind der Meinung, dass die budgetierte Stellenerhöhung absolut gerechtfertigt, ja nötig ist. Dies aus den folgenden Gründen: Die Komplexität der Sozialhilfefälle hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Damit nimmt auch der Bearbeitungsaufwand der Fälle zu. Das primäre Ziel der Sozialhilfe ist, dass die Klienten zeitnah und so umfassend wie möglich wieder in die Gesellschaft integriert werden können. Angestrebt wird eine möglichst grosse Selbständigkeit. Im November 2017 erschien eine Studie der ZHAW. Die Studie wurde in der Stadt Winterthur durchgeführt. Die Studie untersuchte, den Einfluss der Fallbelastung der Sozialarbeitenden auf die Ablöse- und Minderleistungsquote in der Sozialhilfe. Einfach ausgedrückt: Gelingt der Schritt weg von der Sozialhilfe besser, wenn die Sozialarbeitenden weniger Fälle verarbeiten? Die Studie lieferte folgende Hauptergebnisse:
Die Kosten pro Fall sinken (die wichtigsten Einsparungen sind: erhöhtes Erwerbseinkommen der Klientinnen und Klienten sowie vermehrt geltend gemachte Unterhaltsbeiträge, Sozialversicherungsbeiträge und Stipendien). Durch die engere und kontinuierlichere Begleitung sinkt die Unterstützungsdauer. Momentan ist auf der Abteilung Soziales etwas Ruhe eingekehrt. Wir alle erinnern uns an die schwierige personelle Situation der vergangenen Jahre, welche Notfallübungen und den Einsatz von externen Kräften erforderten. Gemäss Aussage von Gemeinderat Walter Vega arbeitet aktuell auf der Abteilung Soziales ein gutes und engagiertes Team. Dies soll auch so bleiben. Aus diesen Gründen bitten wir den Einwohnerrat den Antrag der Finanzkommission abzulehnen und damit der Stellenerhöhung in der Abteilung Soziales um 0.3 Stellen zu bewilligen.

Abstimmung

Die Stellenprozente Summe der von der Gemeinde entlöhnten Mitarbeiter von Total 60.35 Stellenprozente sei abzulehnen und auf Total 60.05 Stellenprozente festzusetzen.

Der Antrag wird mit 27 Nein-Stimmen zu 6 Ja-Stimmen und mit einer Enthaltung abgelehnt.

Daniel Jenni: Wir kommen zu der Lohnanpassung. Der Gemeinderat beantragt, eine strukturelle Lohnanpassung von 0.2%.

Uschi Haag: Die generelle Lohnanpassung, sei abzulehnen und zwar eben wie das Budget geht von einem negativen Ergebnis aus. Und die Fiko ist der Meinung, dass aus dem Grund keine Notwendigkeit besteht, die Erhöhung zu bewilligen. Das Budget von 2022 vom Kanton sieht im Moment auch keine Lohnerhöhung vor. Darum beantragt die Fiko den Antrag abzulehnen.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Der Gemeinderat haltet an seinem Antrag für generelle Lohnerhöhung um 0.2% fest. Ausschlaggebend für den Gemeinderat, ist die Information gewesen, dass die Beiträge der Krankentaggeldversicherungen steigen werden. Die Angestellten müssen also mit höheren Lohnabzügen rechnen. Der Gemeinderat möchte nicht, dass die Mitarbeitende unter dem Strich weniger verdienen, als dieses Jahr. Und Hand auf das Herz, der Betrag in der Höhe von 0.2% macht bei einem Bruttolohn von CHF 5'000 einen Betrag von CHF 10 aus. Oder im ganzen Jahr von CHF 120. Und von diesem Betrag werden dann auch die Sozialabzüge erhoben, wie eben z.B. die Krankentaggeldversicherung. Auch an der Lohnsumme insgesamt wird sich nicht viel verändern. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die Lohnsummen in der Rechnung jeweils nicht in der entlang von Lohn- und Pensenerhöhung zugenommen hat, sondern deutlich flacher verläuft oder sogar zum Teil rückläufig ist. So kann man z.B. nachschauen, in der Rechnung 2017 haben wir beim Personalaufwand einen Betrag von CHF 7'762'046. Im Jahr 2020 haben wir einen Betrag von CHF 7'696'840. Sie müssen mitrechnen, habe es ausgerechnet. Es sind insgesamt tatsächlich rund CHF 65'000 geringere Personalaufwandkosten, die über die drei Jahre hatte, eigentlich sind es 4 Jahre. Ich möchte Sie also bitten, es wäre ein bedeutendes Zeichen an der Wertschätzung und Anerkennung für unser Personal. Gerade auch weil sie Kenntnis über die finanzielle Situation der Gemeinde haben. Es wäre ein starkes Zeichen vom Einwohnerrat.

Alois Baumgartner: Unsere Fraktion hat dieses Geschäft intensiv diskutiert. Trotz finanzieller Lage ist diese Lohnanpassung ein Zeichen, der Wertschätzung. Wir folgenden dem Gemeinderat mit dem Antrag. Darum werden wir mehrheitlich den Antrag der Fiko ablehnen.

Hanne Rigter: Es wurde schon sehr vieles erwähnt. Wir wollen aus der SP-Fraktion auch hier hinter dem Gemeinderat stellen und finden die 0.2% Lohnanpassung wichtig. Sehr wichtig für unsere Gemeinde Angestellten. Es kann nicht sein, dass die finanzielle Lage auf dem Rücken von unseren Gemeindeangestellten ausgetragen wird. Es ist ein kleiner Betrag, die viel Wertschätzung zeigt. Von dem her finden wir das auch sehr wichtig. Danke.

Abstimmung

Antrag der Fiko: Generelle Lohnerhöhung von 0.2% seit abzulehnen.

Der Antrag wird mit 23 Nein-Stimmen und 11 Ja-Stimmen abgelehnt.

Daniel Jenni: Wir kommen noch zu den Investitionsrechnungen. In der Investitionsrechnung, da hat die Fiko auch noch einen Antrag.

Nico Lalli: Im Budget Investitionsrechnung 6150.5010.70 Sanierung Zufahrt Tromsberg in Höhe von CHF 80'000 ist zu streichen. Die betreffende Strasse ist insgesamt nicht in einem schlecht Zustand. Zudem ist die Strasse verhältnismässig wenig befahren und allfällige Schlaglöcher können bei Bedarf jeweils rasch und kostengünstig geflickt werden. Vor diesem Hintergrund und in Anbetracht der schwierigen Finanzlage scheint eine umfassende Sanierung zum jetzigen Zeitpunkt nicht angezeigt.

Peter Stucki, Gemeinderat: Es geht um die Querstrasse zwischen Tromsberg und Bönler. Die untere Querstrasse, seitlich da hat es auch Parkplätze. Da ist auch noch eine andere Strasse auf dem Berg oben. Der letzte Teil vom Tromsberg ist auf der linken und rechten Seite bebaut mit Einfamilienhäusern, schätzungsweise 150 Meter, dann fängt die Naturstrasse an. Bei dem geteerten Teil, da haben wir Probleme, es gibt da viele Senkungen, es gibt Dellen und Beulen, welche seitlich von ausbrechen. Insbesondere beim Haus 44. Das Wasser fliesst zum Haus, anstatt dass es wegfliesst und versickert. Man hat das angeschaut, dass man kleinere Reparaturen macht, aber man hat festgestellt, dass unter dem Teer überhaupt kein Puffer, nichts abfliesst. Das Problem wird nicht behoben, das Wasser kann nicht abfliessen. Darum ist der

Vorschlag da, im Baukredit, dass man den geteerten Teil instand setzt, dass dieser die nächsten 50 Jahre hält. Das auch die Anwohner mit dem Abwasser keine Probleme haben.

Volkmar Hauelsen: Für uns stellt sich die Frage mit der Ausführung von Peter anders da. Als wir in der Mitte diskutiert haben, war, keine Naturstrasse, wo wir gesagt haben, was da immer auch ist, die Strasse hat auch eine landwirtschaftliche Nutzung. Den Traktor wird es nicht erschrecken. Die Strasse hat eine Näherhaltungsfunktion. Jene die spazieren gehen, werden wegen ein paar Löcher nicht erschrecken. Und dann gibt es noch die Zufahrt zum Parkplatz für Leute, die mit dem Auto kommen. Also meine persönliche Meinung, kann auch nach oben spazieren und muss nicht mit dem Auto noch zum Parkplatz. Ansonsten muss man drum herumfahren. Daher kamen wir zu den mehrheitlich zum Schluss diesem Antrag von der Fiko zuzustimmen. Was wir jetzt gehört haben von Peter, dass wir Wasserprobleme haben war uns gar nicht bekannt. Zumindest nicht im Stand der Diskussion wurde das nicht erwähnt.

Peter Stucki, Gemeinderat: Volkmar ich muss dich korrigieren. Die Landwirtschaft ist extrem betroffen. Der Hauptgrund, sie bringen keine Ernte heraus, weil die ganze Ernte zu den Anhängern heruntergeschüttelt wird. Für ihn ist es wichtig, dass wir die Strasse gut in Stand halten und dass wir es normal nutzen.

Abstimmung

Antrag der Fiko: Konto 6150.5010.70 Gemeindestrassen – Zufahrt Tromsberg, der Budgetkredit auf dem Konto 6150.5010.70 in Höhe von CHF 80'000 ist zu streichen.

Der Antrag wird mit 17 Ja-Stimmen zu 11 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen angenommen.

Volkmar Hauelsen: Wir hatten heute 3 Anträge, wo nicht klar war, worüber eigentlich abstimmen. Das war Tromsberg, das war der Punkt Schule und das war der Glasbau auch nicht genau wussten, was gemeint war. Das finde ich ein wenig enttäuschend. Es sind wichtige Sache. Anträge, Gegenanträge, wo sich die Parteien und Antragstellenden natürlich Gedanken gemacht haben und wenn es unvollständig ist, ist es für mich sehr unbefriedigend, wenn ich nicht direkt weiss, worüber ich abstimme. Da habe ich eine Bitte, das nächste Mal besser zu machen.

Abstimmung

Der Gemeinderat beantragt den Einwohnerrat das Budget 2022 inkl. Spezialfinanzierungen Wasser, Abwasser und Abfall mit einem Steuerfuss von 110% und Stelleprozente gemäss Stellenplan zu genehmigen.

Der Antrag wird mit 26 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen angenommen.

Daniel Jenni: Wir kommen zu den Spezialfinanzierung Eigenwirtschaftsbetrieb, wir machen es einzeln, denn es gibt Veränderungen in den Gebühren.

Abstimmung

Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat die Wasserverbrauchsgebühr pro Kubikmeter von CHF 2.00 beizubehalten

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Der Antrag des Gemeinderates für die Spezialfinanzierung unter Beibehaltung der Benützungsgebühr pro Kubikmeter gemäss dem Wasserverbrauch Abwasser von CHF 2.00 pro Kubikmeter sei zuzustimmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Der Antrag des Gemeinderates der Beibehaltung der Kehrichtgebühr unter Anpassung der Kehricht Grundgebühr von CHF 45 auf CHF 40 pro Jahr sei zuzustimmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

12 2021/19 Termine 2022

Daniel Jenni: Ihr habt die Termine erhalten. Gibt es da irgendwelche Änderungswünsche, Voten?

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat beantragt die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte Termine des Jahres 2022 zu genehmigen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

13 2020/25 Umfrage

Jacqueline Magni: Ich weiss wir haben das Oederlin auch schon besprochen. Wir haben es auch schon an der Fraktionssitzung besprochen und wir haben keinen Plan, was dort läuft. Ich weiss nicht, ob ihr heute Abend Auskunft geben könnt. Aber irgendwie wäre ich froh um mehr Informationen.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Ja, wir haben einen Augenschein genommen. Mit dem Gemeinderat sind wir mal durch das Oederlin Quartier gelaufen, um uns ein Bild zu machen um die konkreten Platzverhältnisse. Wir haben ein Gespräch geführt mit Herrn Schmid. Das ist jetzt aber auch schon ein paar Wochen her. Wir haben in der Zwischenzeit andere Geschäfte gehabt. Aber selbstverständlich werden wir da wieder den Kontakt aufnehmen und versuchen das vorwärts zu treiben.

Marcel Müller: Zum Schluss muss ich mit einem unschönen Thema kommen. Genau vor einem Jahr haben Abstimmungsplakate gehangen betreffend der Massenzuwanderungsinitiative und einzelne sind zerstört worden, von wem auch immer in dieser Gemeinde. Jetzt haben wir wieder Wahlen gehabt. Und wiederum sind Plakate von der SVP-Fraktion umgeworfen, zerstört und entfernt worden. Man kann unsere Meinung nicht teilen. Man kann uns nicht mögen. Man kann uns auch hassen aber dass in dieser Gemeinde ein solcher Hass vorhanden ist auf die SVP-Fraktion, dass man regelmässig Plakate zerstört, das ist physische Gewalt. Und wir

haben dem abgeschworen, wir wollen das nicht. Wir bitten den Gemeinderat zumindest das in der Rundschau zu kommunizieren, dass wir das nicht dulden wollen, nicht gut finden und dass man sich respektieren soll und den Anstand zu halten. So hart auch die Auseinandersetzungen sein mögen, aber das ist für unsere Gemeinde unwürdig. Es ist auch nicht ein Standortfaktor uns zur Hilfe, wenn Leute durchfahren und abgerissene Plakate sehen. Ob links oder rechts. Das spielt gar keine Rolle. Es hat auch EVP Plakate, welche immer wieder am Boden gelegen sind. Es ist schwierig, aber wir möchten, dass der Gemeinderat vielleicht einmal klar und deutlich positioniert. Denn ich glaube, niemand findet das gut. Es sind sicher wenige, aber sie tragen dem Bild unserer Gemeinde, welche nicht der demokratischen Gepflogenheiten unserem Land entsprechen. Danke.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Was ich hier sage, ist nicht abgesprochen mit meinen Kollegen, aber ich teile deine Meinung, Marcel. Ich finde das geht nicht. Ich finde man kann der Meinung sein, den Standpunkt, welche die SVP-Fraktion vertretet oder man kann dagegen sein. Man kann auch der Meinung sein, von anderen Parteien. Man kann auch dagegen sein. Aber ich bin persönlich der Meinung, dass es zu unserem demokratischen Grundverständnis gehört, dass man den einzelnen Personen ihre Meinung lässt. Sie sollen auch die Gelegenheit haben, sich zu äussern. Das ist eines unserer Grundrechte, die Meinungsäusserungsfreiheit. Solange man nicht difamierend vorgeht, so lange man niemanden beeinträchtigt, persönlich verletzt gehört das zum demokratischen Grundverständnis, zu den Grundmechanismen. Ich teile die Meinung vom Marcel. Das ist mein persönliches Statement.

Ursula Haag: Ich habe auch etwas zum Thema Plakatierung. Und zwar ist mir, bei der diesjährigen Plakatierung für die Gemeindewahlen, aufgefallen, dass einige Plakate, welche an den Kandelabern hängen, nicht der Norm entsprachen. Davon sind die amtierenden Gemeinderäte auch betroffen. Ich habe persönlich bei der Abteilung Bau und Planung nachgefragt, ob man die Plakate umhängen muss. Mir ist dann geantwortet worden, dass die Abteilung für solche Sachen keine Kapazität hat. Bei meinen Plakatierungen von früher, wurde mir das vom ehemaligen Leiter Bau und Planung mitgeteilt, dass ich sofort die Plakate regelkonform umhängen muss. Meine Frage jetzt, was wird der Gemeinderat zukünftig unternehmen, dass dieser Wildwuchs von der Plakatierung wieder regelkonform wird?

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Zuerst einmal muss ich mich für diese Auskunft von dieser Abteilung entschuldigen. Das geht natürlich nicht, dass man eine solche Auskunft erteilt. Selbstverständlich gehört das auch in den Aufgabenbereich von der Abteilung Bau und Planung. Trotzdem liegt es in meinen Augen in erster Linie der Verantwortung bei den Parteien selber, dass die Vorschriften für Plakatierung eingehalten sind. Und das betrifft nicht nur Parteien von den amtierenden Gemeinderäten, sondern das betrifft alle Parteien selbstverständlich. Ich gehe aber davon aus, dass wenn es solche Verstöße gibt, dass das niemand mit Absicht macht. Aus diesem Grund auch, der Appell an euch alle, wenn so etwas stattfindet und feststellt, dann nehmt doch schnell das Telefon in die Hand und gibt ein Telefon am Kollegen von der anderen Partei. Ich bin sicher, es wird innerhalb kürzester Zeit in Ordnung gebracht. So würde auch die Verwaltung in einem ersten Schritt vorgehen. Das Telefon in die Hand zu nehmen und jemanden von der entsprechenden Partei zu informieren. Erst in einem nächsten Schritt würde es tatsächlich zur Umsetzung der Tat schreiten.

Daniel Gadiant: Wenn wir schon bei diesem Thema sind, ich weiss, dass da Missverständnisse entstehen. Das Gemeindereglement und das Kantonsreglement stehen im Gegensatz zueinander. Gemäss Gemeinde kann man überall Plakate aufhängen. Sei es bei den Fussgängern, bei Kreuzungen und bei der Raiffeisenbank. Aber beim Kanto ist das verboten. Ich weiss nicht ob man das Gemeindereglement einfach entsorgen möchte. Denn es steht in einem krassen Widerspruch zueinander.

Daniela Graubner: Werde nicht lange darüber reden aber unsere EVP Plakate sind tatsächlich umgefallen, vor allem die Plakatständer. Die habe ich selber mit meinem Mann gebastelt. Wir haben festgestellt, dass diese zu leicht sind. Bei den nächsten Wahlen wissen wir, dass wir sie besser befestigen müssen. Ich habe zuerst leer geschluckt aber es liegt tatsächlich am

Wind. Vor allem beim Hertenstein oben. Habe zwei, drei Runden gemacht aber es ist für nichts gewesen. Also ich gehe mal davon aus.

Carol Demarmels: Ich Sorge für ein Themenwechsel. Ich habe zwei Anliegen. Habe bei der letzten Sitzung darum gebeten, bei der Umfrage die Beilagen beim Protokoll hinten anhängen können. Aber habe noch keine Rückmeldung erhalten. Offenbar musstet ihr da abstimmen/besprechen. Ich habe aber noch keine Antwort erhalten.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Wir haben festgestellt, dass das in der Kompetenz vom Einwohnerrat, darüber abzustimmen.

Carol Demarmels: Dann stelle ich einen Antrag auf Abstimmung.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Wir müssen schauen, in welcher Form das eingereicht werden muss. Muss wahrscheinlich als eine Motion eingereicht werden. Du bist eingeladen, eine entsprechende Motion einzureichen.

Carol Demarmels: Ich habe heute festgestellt, dass ich einen Ordnungsantrag stellen, damit ich aufs WC gehen kann. Es ist jetzt 2.5 Stunden her, als ich das letzte Mal war. Inzwischen sind andere schon gegangen und haben sich nicht an die Regeln gehalten. Ich bitte Sie, dass nochmals zu überdenken. Das ist in jeder eigenen Kompetenz, ob sie aufs WC gehen. Ich bitte sonst nach 2 Stunden eine Pause einzulegen.

Daniel Jenni: Wenn keine weiteren Wortmeldungen sind, dann schliesse ich die Sitzung.

Der Präsident:

Daniel Jenni

Die Protokollführerin:

Romana Hächler